

# Der Vollzugsdienst

2/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Ein guter Kompromiss  
in der dritten  
Verhandlungsrunde**

Tabellenwirksame 6,42 Prozent  
mehr Einkommen

Seite 3

**Protest gegen ungerechte  
Sparsonderopfer  
in Baden-Württemberg**

BSBD-Mitglieder beteiligen sich an  
der Kundgebung in Stuttgart

Seite 9

**Landtagsauflösung als Chance für  
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft  
und ihre SPD in Nordrhein-Westfalen**

Vorgezogene Landtagswahlen  
finden am 13. Mai 2012 statt

Seite 48

## Nachtansicht der JVA Bremen



Foto: Kai Graubohm

Lesen Sie in dieser Ausgabe im Fachteil: "Konzepte der Mitarbeiterführung"

BBW-Grossveranstaltung in Stuttgart

# Protest gegen ungerechte Sparsonderopfer

BSBD-Mitglieder beteiligten sich an der Kundgebung

**E**twa 100 BSBD-Mitglieder haben sich am Samstag, dem 3. März 2012 auf den Weg nach Stuttgart gemacht, um zusammen mit rund 2500 Kolleginnen und Kollegen in der Stuttgarter Liederhalle gegen die einseitigen und ungerechten Sparsonderopfer für die Landesbeamten lautstark zu protestieren. Wenn nun Kritiker meinen, man sei bis an die erträglichen Grenzen oder gar darüber hinausgegangen, so ist dies klar zurückzuweisen, denn die Beamten haben ja keine anderen Möglichkeiten. Wir können reden – das haben wir getan; wir können schreiben – auch das wurde gemacht; wir können Presseerklärungen abgeben – auch das ist geschehen; aber wir dürfen ja nicht streiken und auch „Dienst nach Vorschrift“ lässt sich nicht so einfach umsetzen.

Man möge mal nachdenken, was passieren würde, wenn in Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften und Gefängnissen nur noch ganz schwach besetzte Notdienste arbeiten würden... So bleibt – als quasi letztes Mittel – nur der heftige Protest mit einer machtvollen vielköpfigen Demonstration. Und das müssen die Regierenden auch aushalten können, wenn sie ihre Mitarbeiter nicht beteiligen, ihre Entscheidungen einsam treffen und tief in den Geldbeutel ihrer Untergebenen greifen. So stimmt es auch nicht, wenn der Kommentator **Peter Reinhardt** im MANNHEIMER MORGEN schreibt, die Beamten seien gegenüber ihrem „Chef“ **Kretschmann** sehr ausfallend geworden, was sich sonst kein Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft getrauen würde. Das Gegenteil ist richtig: jeder (Groß) Unternehmer wäre heilfroh, wenn seine Belegschaft nur tröten, trillern und buhen – aber nicht streiken – würde.

Dabei fehlt es ja nicht an der Einsicht, dass der Landeshaushalt saniert werden muss. Hierfür wollen aber die Beamtinnen und Beamten nicht ganz alleine herangezogen werden.

Wenn anderswo im Land viel Geld ohne Not ausgegeben wird, wenn die Einkommensschere zwischen freier Wirtschaft und öffentlichem Dienst immer weiter auseinanderklafft (s. Armin Aufrecht), wenn in **Industriezweigen explosionsartige Gewinne** gemacht und an alle Beschäftigten jeweils zwischen 7000 und 9000 € Beteiligungs-Prämien ausbezahlt werden, dann stimmt die soziale Gerechtigkeit nicht mehr. Wenn dann noch Arbeiter als Empfänger der AUDI-Prämie von durchschnittlich 8.251 € mit großer Leidensmiene sagen, sie hätten jeden Samstag „Sonderschichten“ fahren und auch nachts arbeiten müssen, dann kann der Justizvollzugsbeamte nur noch bitter lachen, denn das muss er regelmäßig während seines ganzen Dienstlebens. Und auch der Hinweis eines Kommentators, dass Beamte gegenüber Angestellten bei vergleichbaren Bruttobezügen netto finanzielle Vorteile haben, ist falsch. Die meisten Beamten sind gut ausgebildet,

sie sind Meister, Fachhochschulabsolventen oder Akademiker. Da möge man doch mal vergleichen, was bei einem Industriemeister gegenüber einem Polizeihauptmeister, bei einem Dipl. Ingenieur in der Industrie gegenüber einem Physik-Studienrat, bei einem Wirtschaftsjuristen gegenüber einem Staatsanwalt am Ende netto herauspringt.

Das alles ist keine „Neiddebatte“, es soll nur zeigen, dass die Beamtinnen und Beamten von ihrer Regierung klar erwarten, dass auch andere zum Sparen für den Landeshaushalt genauso kräftig herangezogen werden. Dafür müssten die Mächtigen eben ihre – auch ansonsten nicht allzu blühende – Phantasie einsetzen. Die Würfel sind aber bereits gefallen

auch wenn der **BBW-Vorsitzende Stich** vom anwesenden **Ministerpräsidenten Kretschmann** noch eine Rücknahme des Sonderopfers forderte. Und schon wird an weiteren Sparmaßnahmen für die Landesdiener und -dienerinnen gestrickt, wobei zumindest eine kleine Chance darin besteht, dass der **BBW** in der bereits eingerichteten **Haushaltsstrukturkommission** mitarbeiten und – vielleicht – das Schlimmste noch verhindern kann. Dies erscheint nämlich bei der festen Entschlossenheit des **Ministerpräsidenten** und seiner **Fraktionsvorsitzenden Edith Sitzmann** gar nicht so einfach, da sich letztere als besonders einsichtsresistente Protagonistin des Beamtensparens immer wieder hervortut. In der letzten Ausgabe



Der BSBD war mit etwa 100 Mitgliedern auf der Protestkundgebung präsent.

Foto: BSBD-BW

– zumindest für die erste Tranche: Das **Sonderopfer für die Landesbeamten und -pensionäre in Höhe von 130 Mio. € ist durch Gesetz am 14. Februar 2012 bereits beschlossen** worden, es ist zu verkünden – und es ist vom Ministerpräsidenten sowie von dreizehn Ministern und Staatssekretären unterschrieben worden (Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung 2011 – BVAnpGBW 2012, nachzulesen im „**Gesetzblatt für Baden-Württemberg**“ vom 24. Februar 2012, S. 28ff. – mit Gehaltstabellen).

Bei der großen Kundgebung am 3. März war also alles schon gelaufen,

des VOLLZUGSDIENST hat sie noch gemeint, es käme „Gegenwind“ auf sie zu – wir haben gemeint, es könnte ein „Sturm“ werden – und tatsächlich ist es am 3. März zum „Orkan“ gekommen. Es wird aber notwendig sein, auch in Zukunft „hart am Wind“ zu bleiben.

**Jedenfalls war es am 3. März 2012 in Stuttgart eine vom BBW sehr gut organisierte und großartige Veranstaltung, die mit aller Deutlichkeit zeigte, dass sich auch die ansonsten ruhigen und unauffällig-effektiv arbeitenden Beamtinnen und Beamten eindrucksvoll und solidarisch, vielstimmig und lautstark zu wehren wissen – und das alles in ihrer Freizeit.**

wok

Mannheimer Morgen vom 5. März 2012

## Grün-Rot weiter unter Druck

Proteste: Kretschmann trotz Abwahldrohung unnachgiebig

Von unserem Korrespondenten  
Peter Reinhardt

**STUTTGART.** Der Dauerstreit um weitere Einschnitte bei den Beamten in Baden-Württemberg geht weiter. Auf Antrag der **CDU** wird der Landtag an diesem Mittwoch über die Sparmaßnahmen der grün-roten Regierung diskutieren. Bei einer Kundgebung drohte **Beamtenbunds-Chef Volker Stich Grün-Rot** mit Stimmentzug. **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** blieb trotz der heftigen Proteste unnachgiebig: „Würde ich mich einschüchtern lassen, würde ich mein Amt schlecht führen.“

Die Koalition streitet darüber, ob die Beamten nach dem Sparbeitrag von 130 Millionen Euro weitere Einschnitte bei Besoldung, Altersversorgung und Beihilfe hinnehmen müssen. **SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel** lehnt dies ab und will stattdessen 15 000 Stellen bis 2020 abbauen. Die Grünen sehen dagegen erheblichen Reformbedarf.

Bei der Kundgebung am Wochenende in der Stuttgarter Liederhalle erhält **Schmiedel** von den 2500 Beamten viel Applaus, seine **Grünen-Kollegin Edith Sitzmann** wird ausgebuht. **CDU-Oppositionschef Peter Hauk** freut sich sowohl über den Protest der Staatsdiener gegen die grün-rote Regierung wie über deren Richtungsstreit. „Es läuft mir ein bisschen rein“, gibt er freimütig zu. Sein **FDP-Kollege Hans-Ulrich Rülke** schiebt nach: Grün-Rot müsse sich über den Ärger nicht wundern, „wenn man sich so bedient“.

Als „finanziell ungerechtfertigt, unsozial und ungerecht“ geißelt **Stich** den

bisher beschlossenen Sparbeitrag von 130 Millionen Euro. Immer wieder geht **Stich** den Ministerpräsidenten direkt an: „**Herr Kretschmann**, nicht der Griff ins Beamtenportemonaie ist angesagt, sondern ein Einkommensplus.“

Zunächst versucht es **Kretschmann** mit Charme. „Es ist nicht schlecht, wenn man merkt, dass Regieren kein Gang über den Ponyhof ist“, sagt er. Der frühere Lehrer betont: „Ich schätze ihre Arbeit und habe dafür großen Respekt“. Keine Regierung könne gegen ihre Beamtenschaft regieren. Aber in der Sache bleibt er hart, verteidigt die Sparbeschlüsse. Er verweist auf die steigende Zahl der Pensionäre. „Einen Ministerpräsidenten können Sie anschreien, Zahlen nicht“, wehrt er sich gegen die „So nicht!“-Sprechchöre. Als ein Zwischenrufer mit „Abwählen“ droht, reagiert **Kretschmann**, der zwischendurch mit seiner Stimme kämpft, pikiert: „Das gefällt mir nicht“. Abwählen könne man ihn in viereinhalb Jahren. Den Grundton hatte schon **Stich** mit dem Hinweis angeschlagen, dass **34 Prozent der Beamten Grün gewählt hätten und 23 Prozent SPD**.

**Stich** will zwar den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen. Wie man nach diesem scharfen Streit wieder an einen Tisch finden soll, lässt er offen. Das müssen die aushalten. Wir sind kein Taubenzüchterverein mit 500 Mitgliedern“, sagt der Verbandsschef. **Stichs Vize Joachim Lautensack** lobt die Politiker immerhin, dass sie „in der Höhle des Löwen gekämpft haben“. Aber am Ende fühlt er sich an einen Satz von Goethe erinnert: „Da steh ich nun wie ein Tor und bin so klug als wie zuvor“.

### Volker Stich hatte keinen Grund sich zu entschuldigen

Vor kurzem hat ein, schon lange geplantes *Vier-Augen-Gespräch* zwischen dem *Ministerpräsidenten* und dem *BBW-Vorsitzenden* stattgefunden. Neben grundsätzlichen Themen (verfassungsrechtlich geschütztes Alimentationsprinzip, Besoldung, Versorgung und Beihilfe) wurde auch über die Haushaltsstrukturkommission der Landesregierung diskutiert. Zu Beginn des Gespräches fand auch eine Nachbetrachtung der Protestveranstaltung vom vergangenen Samstag statt. Dabei hat der *BBW-Vorsitzende* gegenüber dem *Ministerpräsidenten* eingeräumt, dass der lautstarke Protest,

insbesondere bei der Rede von *Frau Sitzmann*, zeitweise grenzwertig war.

Zu unserem Bedauern haben die Medien (allen voran der SWR in seiner Landesschau) daraus quasi eine Entschuldigung des *BBW-Vorsitzenden* für die gesamte Veranstaltung gemacht.

So war es nicht. Der *BBW-Vorsitzende* hat gegenüber dem *Ministerpräsidenten* unmissverständlich bekräftigt, dass die Haltung der Landesregierung dafür ursächlich ist, dass solche Reaktionen zu Tage getreten sind. Die große Resonanz sei ein Indiz für den bereits eingetretenen Vertrauensverlust. Dies und nichts anderes stand im Mittelpunkt der oben genannten Nachbetrachtung.

Mannheimer Morgen vom 5. März

## Wutbeamte

**Peter Reinhardt** bewertet den Scherbenhaufen, der Grün-Rot in Stuttgart durch den Streit um Einsparungen bei den Beamten entstanden ist.

Die baden-württembergische Landesregierung hat sich gründlich verspekuliert, als sie den Beamten in einem Jahr mit Rekordeinnahmen einen Sparbeitrag abverlangte. Wer in vielen Bereichen die Ausgaben massiv erhöht und neue Stellen in den Ministerien schafft, muss sich über die Verärgerung der Beschäftigten nicht wundern.

Das rechtfertigt aber noch nicht die Maßlosigkeit des Protestes. „Aus den Staatsdienern sind Wutbeamte geworden“. Kein Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft könnte sich solche Ausfälle erlauben wie die von Lehrern, Polizisten und Förstern gegenüber dem Ministerpräsidenten. Die Drohung mit dem Stimmentzug ist ohnehin gefährlich. Mancher Wähler könnte eine harte Linie gegen die Beamten ja auch belohnen. Nun ist die Atmosphäre zwischen der Regierung und ihren Beschäftigten vergiftet.

Dabei kommt der eigentliche Stresstest noch. Denn beiden Seiten dürfte klar sein, dass der Haushalt ohne eine Dämpfung der Personalkosten nicht ins Lot zu bringen ist. Grundsätzlich gibt es dazu zwei Wege: Man kann die Ausgaben für die aktiven Beschäftigten und die Pensionäre begrenzen oder Stellen abbauen.

Am Ende wird es wahrscheinlich Mischformen geben. Auch wenn es die Betroffenen nicht wahrhaben wollen: Im Vergleich zu Angestellten haben die Beamten bei vergleichbaren Bruttogehältern netto noch immer finanzielle Vorteile. Grün-Rot hat sich selbst einen Scherbenhaufen angerichtet.

Die SPD-Abgeordneten spielen sich als Schutzmacht der Beamten auf und wollen strukturelle Einschnitte gänzlich abwehren, bleiben aber die Alternativen schuldig. Die Grünen würden den öffentlichen Dienst am liebsten gründlich umkrepeln. So droht eine Blockade auf der Spar-Baustelle.



Fotos (6): BSBD-BW



Stuttgarter Zeitung vom 8. März 2012

## Neuer Anlauf im Beamtenstreit

Regierungschef Winfried Kretschmann sucht auch nach der Lärmorgie in der Liederhalle das Gespräch mit den Staatsdienern. Die Opposition wirft Grün-Rot eiskalte Machtpolitik vor

Von Reiner Ruf

**Stuttgart** – Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** (Grüne) trifft sich am Donnerstag mit Beamtenbundschef **Volker Stich**, um den Scherbenhaufen vom vergangenen Wochenende zusammenzukehren. Der Termin war schon vor Wochen vereinbart worden, liegt aber nach der Eskalation des Protests in der Stuttgarter Liederhalle günstig, um die Lage zu normalisieren. Der Regierungschef hat bereits zu erkennen geben, dass er nicht die beleidigte Leberwurst spielen will. „Verhandeln tue ich immer, da können die machen, was sie wollen“, sagte **Kretschmann**. Und fügte hinzu: „Ich bin froh, dass ich da ohne Knalltrauma wieder rausgekommen bin.“ Vor allem die Tröten, aber auch Trillerpfeifen und Rätschen hatten einen ohrenbetäubenden Lärm erzeugt. „Es hat mich beeindruckt, aber nicht über die Maßen“, sagte **Kretschmann** hinterher. „Fakten kann man weder wegtröten noch wegjubeln.“ Er bleibe dabei, dass der Etat nicht ohne die Beamten saniert werden könne. **Volker Stich**, der Chef des baden-württembergischen Beamtenbunds, will bei dem Treffen am Donnerstag das Thema Beihilfe auf die Tagesordnung setzen, vor allem die Beihilfe für Pensionäre. 70 Prozent der Krankheitskosten der Pensionäre übernimmt der Staat, 30 Prozent müssen die Ruheständler privat versichern. **Stich** sieht Gefahr in Verzug, weil der Regierungschef dieser Tage kundtat, er betrachte die Beihilfe nicht als Bestandteil des verfassungsrechtlich geschützten Alimentationsprinzips.

Im Jahr 2006 hatte der damalige finanzpolitische Sprecher der Grünen-Landtags-

fraktion, **Oswald Metzger** (jetzt CDU), eine Absenkung der Beihilfe für Versorgungsempfänger von 70 auf 50 Prozent vorgeschlagen. **Stich** rechnet vor, dass allein schon eine Reduzierung des Beihilfesatzes um zehn Prozent von 70 auf 60 Prozent einen Einkommensverlust der



Die Staatsdiener hadern mit der grün-roten Landesregierung. Foto: dpa

Pensionäre von sieben Prozent nach sich zöge. Bei einer Pension in Höhe von 2800 Euro bedeute das ein Minus von 190 Euro. Damit würde nach Ansicht Stichts eine Dimension erreicht, die sehr wohl das Alimentationsprinzip berühre – und den Gang zum Bundesverfassungsgericht nahelege. **Kretschmann** wiederum sagt, er werde nichts tun, was verfassungsrechtlich nicht einwandfrei sei. SPD Fraktionschef **Claus Schmiedel** schloss derartige Einschnitte bei der Beihilfe bereits aus.

Die Opposition versuchte am Mittwoch im Landtag, aus dem Zerwürfnis zwischen der grün-roten Koalition und dem Beamtenbund Honig zu saugen. In einer aktuellen Debatte warf CDU-Frak-

tionsvize **Winfried Mack** der Regierung vor, trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe von den Beamten ein Sonderopfer zu fordern. Er bezog sich dabei auf das 130-Millionen-Euro-Sparpaket im Etat 2012. Den Beamten sei nicht zu vermitteln, „dass sie als Milchkuh herangezogen werden“. Zugleich habe die Koalition die Studiengebühren abgeschafft und in den Ministerien neue Stellen geschaffen worden. „Parteipatroune hier, eiskalte Machtpolitik dort“, befand **Mack**.

FDP-Fraktionschef **Hans-Ulrich Rülke** kritisierte: „Überall im Land lässt die Regierung Sterntaler regnen, nur zu den Beamten kommt sie als Aschenputtel.“ Finanzstaatssekretär **Ingo Rust** (SPD) hielt dagegen. Die CDU habe in 58 Jahren Regierungsverantwortung die Schulden aufgehäuft, die jetzt die Sanierung des Landesetats notwendig machten. Grün-Rot bemühe sich darum, den Haushalt in Ordnung zu bringen. Dieses Bemühen spiegle sich in der jüngsten Heraussetzung der Bewertung der Bonität des Landes durch die Ratingagentur Standard & Poor's. Erstmals seit 2003 habe das Land wieder die Bestnote Triple-A erhalten. Die Grünen-Abgeordnete **Muhterem Aras** verteidigte das Sparpaket. Die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe betrage für einen Oberstudienrat 2,50 Euro im Monat. Die Erhöhung des Beitrags für Chefarztbehandlung und Doppelzimmer im Krankenhaus von 13 Euro auf 22 Euro im Monat decke lediglich die gestiegenen Kosten. Kein Cent fließe in den Landesetat. Ein Verzicht auf die Erhöhung würde bedeuten, dass die Steuerzahler für die Chefarztbehandlung der Beamten aufkommen. „Ist das die Gerechtigkeit, die Ihnen vorschwebt?“

### Wo die Landesregierung bei den Landesbeamten spart

**Besoldung:** Die Regierung hat im Etat 2012 ein Sparpaket von 130 Millionen Euro geschnürt. Einmalig 100 Millionen Euro sollen durch eine mehrmonatige Verschiebung der Besoldungserhöhung zustandekommen. Seit 1999 wurden Gehaltserhöhungen bereits sechsmal um einige Monate verschoben.

**Beihilfe:** Außerdem wird die Kostendämpfungspauschale bei der Beihilfe für Beamte angehoben. In der Besoldungsgruppe A 12 steigt sie von 90 auf 113 Euro jährlich. Für Chefarztbehandlung fallen künftig monatlich 22 Euro statt 13 Euro an. *rer*



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseko

Landeshauptvorstand traf sich am 16. März 2012 in Stuttgart

## Beamte sind keine Sanierungsmasse für den Landeshaushalt

**D**eutliche Worte für die Regierungskoalition fand der Landesvorsitzende des BSBD – Alexander Schmid – bei der Sitzung des Landeshauptvorstandes in Stuttgart. Schmid zeigte sich zufrieden und bedankte sich bei den Bediensteten des baden-württembergischen Justizvollzugs für ihr Engagement bei der Protestveranstaltung am 3. März 2012 in Stuttgart.

Jegliche Kritik am Protest der Beamten wies er zurück. „Die Landesregierung darf froh sein, dass wir nur pfeifen und trommeln und nicht streiken.“

Den Bediensteten fehlt es ja nicht an der Einsicht, dass der Landeshaushalt saniert werden muss. Hierfür wollen aber die Beamtinnen und Beamten nicht ganz alleine herangezogen werden. Die Landesbediensteten sind nicht die „**Sanierungsmasse**“ für den Landeshaushalt und schauen tatenlos zu, wenn die Landesregierung dann ohne Not an anderer Stelle sehr viel Geld ausgibt. So beeindruckend der Protest bei der Kundgebung auch war, zumindest für den ersten Teil der Spargrausamkeiten war er vergebens. Das **Sonderopfer für die Landesbeamten und -pensionäre in Höhe von 130 Mio. € ist durch Gesetz am 14. Februar 2012 bereits beschlossen** worden.

Bei der großen Kundgebung am 3. März war also alles schon gelaufen.

Wir haben Pressemeldungen herausgegeben, wir haben Briefe geschrieben (offene Briefe, abgedruckt in der letzten Ausgabe und auch in dieser Ausgabe) und wir haben protestiert. Jetzt dürfen wir in den Anstrengungen nicht nachlassen. **Alexander Schmid** forderte die anwesenden Ortsverbandsvorsitzenden auf, gezielt an die Abgeordneten heranzugehen und klar zu machen, dass Menschen von diesen Sparmaßnahmen betroffen sind. Wie solidarisch Justizvollzugsbedienstete sein können, zeigte sich jüngst am Beispiel der **JVA Offenburg**.

**Wir dürfen Offenburg mit diesem Problem nicht alleine lassen.** Der **private Dienstleister Kötter** gibt Teilbe-

reiche frühzeitig zurück in staatliche Hand. Ganz offensichtlich ist die Firma **Kötter** nicht mehr in der Lage, die Verträge bis zum Schluss einzuhalten. Insbesondere im Bereich des sogenannten „Hilfsdienstes“, der ja den allgemeinen Vollzugsdienst in seinen Aufgaben unterstützen soll, kann **Kötter** seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Diese plötzlich auftretende personelle Not sollte nach den Plänen der Aufsichtsbehörde durch Zwangsversetzung und Abordnungen gelindert werden.

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrates **Georg Konrath** und der **BSBD Landesvorsitzende Alexander Schmid**



konnten in eiligst angesetzten Gesprächen gemeinsam die Verantwortlichen im Justizministerium überzeugen, von Zwangsmaßnahmen abzusehen.

„Es müssen transparente Regelungen zu den damit einhergehenden Themen



Landeshauptvorsitzender Alexander Schmid bei seinem Vortrag. Fotos (3): BSBD-BW

(Trennungsgeld, Dauer einer Abordnung, Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte) geschaffen werden. „Dann bin ich sicher, dass diese und die gewiss

noch folgenden Maßnahmen rund um die JVA Offenburg auf Akzeptanz bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen stoßen werden.“ so **Schmid** gegenüber dem **Abteilungsleiter Herrn Futter**.

Im Ergebnis setzte man jetzt auf die Freiwilligkeit und Solidarität unter den Justizvollzugsbediensteten. „Wir dürfen die JVA Offenburg mit diesem Problem nicht alleine lassen.“ Dieser Appell zeigte Erfolg. Innerhalb von nur zwei Tagen haben sich **über 20 Kollegen** bereit erklärt, sich für ein halbes Jahr nach Offenburg abordnen zu lassen.

**Alexander Schmid** bedankte sich bei den Kollegen und mahnte an, dass mit weiteren Problemen auf dem Weg zurück in die Verstaatlichung gerechnet werden muss. Möglich war dieser Erfolg nur deshalb, weil wir als Fachgewerkschaft und als Gesprächspartner ernst genommen werden.



Briefwechsel und Gespräch mit Justizminister Rainer Stichelberger

## Vorgetragene BSBD-Anliegen werden aufgenommen und anerkannt

Die hohe Bedeutung einer dauerhaften und vertrauensvollen Kommunikation mit dem Justizministerium – schriftlich wie mündlich – hat sich wieder einmal bei der solidarischen und raschen Hilfe für die JVA Offenburg gezeigt. Dies wäre ohne den sachkundigen und engagierten Einsatz des BSBD-Landesvorstandes so nicht möglich gewesen.

Bereits in seinem Antwortbrief vom 28. November 2011 auf das BSBD-Positionspapier hat Justizminister Rainer Stichelberger MdL darauf hingewiesen, dass die zu Recht erfolgte Rücknahme der Privatisierung und die daraus folgende Entwicklung mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen sein werde.

Es geht auch sonst aus dem Ministerbrief hervor, dass die Vollzugsprobleme konkret sowie praxisnah erkannt und die vorgelegten Anliegen des BSBD auch aufgenommen und anerkannt werden. Dass Ende des Jahres 2011 allerdings noch keine festen Zusagen – außer für die Neugestaltung der Sicherungsverwahrung – gemacht werden konnten, war zu erwarten.



Justizminister  
Rainer Stichelberger

Es steht aber bereits schon ein neuer Gesprächstermin für den BSBD-Landesvorstand mit dem Justizminister zur Behandlung aktueller und akuter Vollzugsfragen für Anfang Juni 2012 fest. Damit wird umgesetzt, dass Herr Stichelberger die enge Zusammenarbeit seines Hauses mit dem BSBD – zu dessen Anerkennung und Freude – fortsetzen wird (s. letzter Satz seines Schreibens). *wok*

*Das Positionspapier des BSBD zur Personalsituation Justizvollzug sowie das erste Antwortschreiben des Ministers vom 02. November 2011 sind im VOLLZUGSDIENST 6/2011 auf S. 12 und S. 15 abgedruckt. Hier in dieser Ausgabe folgt nun das zweite ausführlichere Schreiben vom 28. November 2011.*

## Antwortschreiben des Justizministers

auf das Positionspapier des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg vom 3. Oktober 2011

### Sehr geehrter Schmid,

für die Übersendung des Positionspapieres des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg danke ich herzlich.

Es ist mir wie Ihnen ein zentrales Anliegen, für eine personelle Ausstattung des Justizvollzuges zu sorgen, welche die Wahrnehmung der vielfältigen, wichtigen und schwierigen Aufgaben garantiert und welche zugleich ein sicheres und zufriedenstellendes Arbeitsumfeld für die Bediensteten gewährleistet.

Soweit auf den Justizvollzug neue personalintensive Aufgaben zukommen, setze ich mich für eine entsprechende Personalaufstockung ein. In den gerade laufenden Haushaltsverhandlungen konnte deshalb erreicht werden, dass wir für den neu zu gestaltenden Vollzug der Sicherungsverwahrung 16 (hochwertige) zusätzliche Stellen erhalten haben. Auch

werden auf den Justizvollzug mit der Beendigung des teilprivaten Betriebes der Justizvollzugsanstalt Offenburg neue Aufgaben in einem Umfang zukommen, die aus jetziger Sicht mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht bewältigt werden können. Allerdings ist es nicht möglich, Forderungen nach neuen Stellen im Zusammenhang mit temporären Belastungen des Justizvollzuges zu stellen. Angesichts der Haushaltslage können zeitlich begrenzte zusätzliche Tätigkeiten nicht als belastbare Argumente vorgebracht werden, da andere Bereiche der Landesverwaltung Vergleichbares treffen kann. Der Vollzug hat bewiesen, dass er mit solchen vorübergehenden Belastungen umgehen kann. So ist es dem Justizvollzug in vorbildlicher Art und Weise gelungen, die Zeiten der Überbelegung zu meistern. Auch die derzeit

umfangreich geleistete Amtshilfe können wir deshalb nicht für Stellenforderungen heranziehen. Die weiteren von Ihnen genannten Aspekte, z. B. die zusätzlichen staatlichen Bediensteten in der Abschiebehafteneinrichtung oder die vermehrten Freistellungen aufgrund der Änderungen durch die Dienstrechtsreform, fließen bereits in die Verhandlungen über die Stellen des Justizvollzuges ein.

Allerdings ist die Situation im Justizvollzug derzeit von einigen offenen Fragestellungen geprägt. Neben der erwähnten engen Haushaltslage und den daraus möglicherweise resultierenden Einsparverpflichtungen ab 2012 sowie der angesprochenen Situation der Justizvollzugsanstalt Offenburg ist dies insbesondere der geplante Neubau einer Justizvollzugsanstalt im südwürttembergischen Raum. Erst wenn insoweit belastbare Entscheidungen zum Standort und zum Zeitpunkt der Fertigstellung getroffen sind, lässt sich in eine konkrete Stellenbedarfsplanung für den gesamten Justizvollzug Baden-Württembergs seriös einsteigen. Ich versichere ihnen jedoch, dass wir dabei Ihre Argumente berücksichtigen und die enge Zusammenarbeit mit dem BSBD auch insoweit fortsetzen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Rainer Stichelberger MdL

Vom BRH dem BSBD zugeleitet:

## Beschluss der SPD-Landtagsfraktion

Abstimmungsverhalten zur  
Beamtenpolitik auf der Sitzung am  
28. Februar 2012

Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion, die in der **Regierungskommission für Haushalt und Verwaltung** mitarbeiten, werden mit diesem Beschluss beauftragt, im Rahmen ihrer Mitarbeit – Einer **Absenkung** des allgemeinen Versorgungsniveaus und der allgemeinen Beihilfesätze **nicht zuzustimmen**.

– Den **Gleichklang** der Beamtenbesoldung mit der Einkommensentwicklung im Tarifbereich **zu beachten**.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,  
seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
Info@AK-finanzz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Schreiben des BSBD-Landesvorsitzenden an das Innenministerium vom 21. November 2011 zum Thema:

## „Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg“

### Sehr geehrte Damen und Herren,

der **BSBD**-Landesverband Baden-Württemberg möchte stichwortartig zu einigen Punkten des Koalitionsvertrages Stellung nehmen, die auch Auswirkungen auf das Dienstrecht und seine Weiterentwicklung haben bzw. haben könnten.

Obwohl das Innenministerium in seinem Anschreiben auf die abweichenden Zuständigkeiten bei speziellen Fragen (MFW für Fragen rund um Besoldung/Versorgung und Tariffrecht) hinweist, sehen wir jedoch die Notwendigkeit, hier nicht einzelne Themenkomplexe auszuklammern.

Die Weiterentwicklung des Dienstrechtes kann unseres Erachtens nur in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden und daher können insbesondere auch Fragen der „gerechten Besoldung, Versorgung und Bezahlung von Tarifbeschäftigten“, also der Teilnahme dieser Gruppen an positiven Entwicklungen, nicht ausgeklammert werden.

In einer Gesellschaft, die in einem grundlegenden Wandel infolge demographischer Faktoren steht, werden mit Sicherheit die „Standortfaktoren“ Besoldung, Versorgung und auch Lebensarbeitszeit, neben anderen Faktoren wie z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung, stärker zum Tragen kommen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

### Für den Bereich des Strafvollzugs sind noch folgende Anmerkungen zu machen:

1. Strafvollzug ist eine ausschließlich hoheitliche Aufgabe. Wir lehnen daher weiterhin eine wie auch immer gartete „Privatisierung“ in diesem Kernbereich der Inneren Sicherheit ab. Wir freuen uns, dass diese Haltung mittlerweile auch von der Landesregierung mitgetragen wird und der teilprivatisierte Betrieb der JVA Offenburg im Jahr 2014 beendet werden wird.
2. Im Koalitionsvertrag heißt es auf Seite 63 „Justizvollzug menschlich gestalten“. Wir verbinden mit dieser Aussage die Hoffnung, dass hier nicht nur von Rechten für Strafgefangene und andere Inhaftierten gesprochen wird, sondern dass hier auch ausdrücklich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsfelder aller im Justizvollzug Beschäftigten überprüft und – wo notwendig – verändert bzw. angepasst werden sollen. Unseres Erachtens bedingt die geforderte „Professionalisierung“ des Strafvollzugs auch zwingend eine Neuausrichtung im Bereich des eingesetzten Personals. Der Fokus sollte hier neben einer angemessenen, also an den Aufgaben orientierten Personalausstattung auch auf einer Umgestaltung der derzeit vorhandenen Laufbahnen im Justizvollzug liegen. Mit dieser Weiterentwicklung sollten sich die Möglichkeiten des Aufstieges hoch-

qualifizierter Mitarbeiter in wesentlich größerem Umfang als derzeit bieten, um diese dauerhaften Leistungsträger auch entsprechend ihrer Fähigkeiten einsetzen und fördern zu können. Eine Laufbahn, wie z. B. der mittlere allgemeine Vollzugsdienst, ermöglicht realistisch gesehen zwei Beförderungen während eines Berufslebens. Dies kann nur zu Resignation und schlimmstenfalls zur „inneren Kündigung“ führen.

3. Auf Seite 68 des Koalitionsvertrages heißt es unter „Ein starker öffentlicher Dienst“, dass die „Sonderaltersgrenzen“ einer Überprüfung und Neuregelung unterzogen werden sollen. Da der Justizvollzug mit seinen besonders belasteten Bereichen im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst von der Anhebung der Sonderaltersgrenzen von 60 auf 62 Lebensjahre besonders betroffen ist, sehen wir hier den kommenden Neuregelungen hoffnungsvoll entgegen, welche diese „Pensionskürzung durch die Hintertür“ wieder rückgängig machen wird. Wir halten es für zwingend notwendig, die „Fehler“ der Vergangenheit zu korrigieren und die Sonderaltersgrenzen wieder auf realistische 60 Jahre zurück zu führen.
4. Erfreulich ist, dass mit der Dienstrechtsreform erstmalig Mittel für die Gesundheitsvorsorge extra in die Hand genommen wurden. Wir halten es auch aufgrund der bekanntermaßen

enorm gestiegenen Anforderungen an die Bediensteten und Beschäftigten für erforderlich, diese positiven Ansätze weiter zu vertiefen. Der notwendige Bewußtseinswandel hin zum Gesundheitsmanagement wird sicher noch geraume Zeit benötigen. Fatal wäre es, wenn die Bemühungen im Rahmen des Gesundheitsmanagements als Strohhalm verpuffen würden. Dies würde mit Sicherheit auch auf zukünftige gleich gartete Maßnahmen dauerhaft einen negativen Einfluss ausüben.

5. Als sehr problematisch sehen wir die Regelung des § 76 (1) LBeamtVGBW an, wonach der Versorgungsausgleich von maximal 4091.– €, der den Bediensteten des allgem. Vollzugsdienstes und des Werkdienstes der Justizvollzugsanstalten weiterhin gewährt wird, anteilig bei freiwilliger Weiterarbeit gekürzt wird. Dies ist vor dem Hintergrund der gewünschten und für den Landeshaushalt positiven freiwilligen Weiterarbeit absolut kontraproduktiv. Eine freiwillige Weiterarbeit würde und wird hier mit einer „Strafe“ von ein Fünftel der 4091.– € pro Jahr belegt. Auch vor dem Hintergrund, dass dies nur bei den Gruppen mit besonderen Altersgrenzen gilt, halten wir diese Regelung für grundlegend falsch, wenn nicht sogar ungerecht.
6. Die auf Seite 68 des Koalitionsvertrages angedeutete Verschiebung der Besoldung hin zur Familiengründungsphase ist abzulehnen. Hier handelt es sich um nichts anderes als eine verdeckte Pensionskürzung. Da die Pensionsbezüge sich bekannterweise nach den erreichten Endgehältern errechnen, wäre eine Abschmelzung der Endgehälter mit einer Pensionskürzung gleich zu setzen. Eine finanzielle Verbesserung der Anreize kann und darf daher nur „on top“ erfolgen. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es im Wettstreit um die besten Köpfe, der in Zukunft sicher noch stärker entbrennen wird, notwendig sein wird, hier geeignete Maßnahmen seitens der Landesverwaltung zu ergreifen.

Mit freundlichen Grüßen

*Alexander Schmid*  
Landesvorsitzender

## Info

## Kleidergeld bzw. Reinigungsgeld

Auf eine Anfrage des Landesvorsitzenden der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) hat der **BSBD**-Landesvorsitzende Alexander Schmid zu dem Thema Aufwandspauschale und Kleidergeld bzw. Reinigungsgeld wie folgt geantwortet:

„Im Zuge der Beteiligung der Verbände – und damit des **BSBD** – bei der Einführung der blauen Uniform im Justizvollzug war ich als Landesvorsitzender des **BSBD** ebenfalls in der Arbeitsgruppe des Justizministeriums Baden-Württemberg eingebunden.

Bis zu Einführung der neuen Verwaltungsvorschrift ‚Dienstbekleidung im Justizvollzug‘ war es so, dass das sogenannte ‚Reinigungsgeld‘ nicht als separater Teil des Kleidergeldes ausgewiesen wurde, sondern nur bei nicht vollständiger Inanspruchnahme des Kleidergeldes für Bestellungen von Dienstbekleidung, das in einer Höhe bis zu ca. 32 € jeweils durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung ausbezahlt wurde. Es gab also keinen Automatismus, das Reinigungsgeld zu erhalten, obwohl dies schon lange eine Forderung des **BSBD** war.

Mit der Einführung der neuen Verwaltungsvorschrift ‚Dienstbekleidung‘ konnte diese Situation endlich bereinigt werden. Das in Punkt 6.2 der VV genannte ‚Reinigungsgeld‘ gibt es nun zusätzlich und nicht mehr als integrierter Teil des ‚Kleidergeldes‘. Dies wurde mir auch bei einer telefonischen Rückfrage am 27. Februar 2012 durch die Sachbearbeiterin bei der JVA Pforzheim, die die Kleiderkonten und -bestellungen der Vollzugsbediensteten betreut und verwaltet, so bestätigt.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass es meines Erachtens sinnvoll wäre, einen eigenen Ansprechpartner für Rückfragen zur Dienstbekleidung der Justizwachtmeister an geeigneter Stelle einzurichten, da die Sachbearbeiter im Justizvollzug dazu weder befugt noch in der Lage sind. Gerade in der Zeit der Umstellung erscheint dies mehr als sinnvoll. Das LZBW kann das meines Erachtens nicht leisten, da dort die internen Anweisungen und Vorschriften für die unterschiedlichsten Beschäftigtengruppen nicht vorliegen bzw. nicht bearbeitet werden.

Ich hoffe, ich konnte Ihre Anfrage damit beantworten.“

Mit freundliche Grüßen  
Alexander Schmid

Fortsetzung aus Heft 1-2012:

## Protest-Briefwechsel zu den Sparmaßnahmen der Landesregierung

Auf den **Seiten 10 bis 13 im VOLLZUGSDIENST 1/2012** sind Briefe abgedruckt worden, in denen sehr deutlich der Protest, die Verärgerung und die Enttäuschung über das Regierungshandeln zu den Sparbeschlüssen artikuliert worden ist. Zwischenzeitlich hat auch am 3. März 2012 die lautstarke Protestveranstaltung des BBW in der Stuttgarter Liederhalle stattgefunden, die landesweit sehr beeindruckt und ein riesiges Medien-Echo gefunden hat.

Im Hinblick auf die Protestbriefe von unseren **BSBD**-Mitgliedern konnten diese für die jetzigen Spar-Beschlüsse vom 14. Februar 2012 auch nichts mehr bewirken, es war aber wichtig, „Flagge zu zeigen“. Die **Antwortbriefe**, die inzwischen bei den Absendern eingegangen sind und die wir im Folgenden abdrucken, wiederholen eigentlich nur die altbekannten wohlfeilen Sparargumente und sie gehen nur sehr wenig auf die geäußerte Enttäuschung und Verärgerung sowie auf durchaus gut abgesicherte und stichhaltigen Gegenargumente ein.

**Die Antwortbriefe sind so fiskalisch-technokratische Abhandlungen und lassen vom „Gehört-Werden“ der Anfragenden aber auch gar nichts erspüren.** Besonders ärgerlich ist in diesem Zusammenhang die stete Konfrontation mit den 40 % Personalkosten im Landeshaushalt – und auch zum wiederholten Male: diese Zahl ist falsch, denn in ihr enthalten sind auch die nach **Tarifvertrag Beschäftigten**, bei denen aufgrund Vertragsbindung nichts zu holen ist, und auch die **Landtagsabgeordneten**, die Mitte 2011 4,5 % Diätenerhöhung erhielten, sind bei den 40 % dabei. Der einfache Beamte wagt gar nicht daran zu denken, dass etwa hier oder bei dem neu eingestellten Personal in den Ministerien sich Einsparpotentiale auftun könnten. Im folgenden hier nun die Briefe:

### Antwortschreiben von MdL Dr. Stefan Fulst-Blei

Schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Herrn  
Hans Guggenheim  
Herzogenriedstraße 1 01  
68169 Mannheim  
11. Januar 2012

#### Offener Brief vom 20. November 2011

##### Sehr geehrter Herr Guggenheim,

unser Ziel ist eine soziale und nachhaltige Politik – und zwar nicht auf Kosten zukünftiger Generationen. Diesem Ziel steht eine anhaltende Kreditaufnahme entgegen, da sie die Schuldenlast und den damit verbundenen Zinsendienst erhöht und die hierfür aufgewendeten Steuermittel für Bildung, Kleinkindbetreuung, innere Sicherheit und weitere sozialpolitische Themen fehlen.

Deswegen wird die grün-rote Landesregierung – wie schon im Nachtrag 2011 – auch für 2012 einen Haushalt ohne Schulden vorlegen.

Um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können, müssen ALLE einen Beitrag leisten – auch die Beamtinnen und Beamten.

Wir meinen, dass die avisierten Einschnitte sehr moderat und sozial verträglich sind:

1. Circa 100 Millionen Euro sollen durch eine sozial gestaffelte Verschiebung

der Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2012 erreicht werden. So ist vorgesehen, die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge für die Anwärter und Beamten der Besoldungsgruppe A 5 bis A 10 zum 1. März 2012 und für die übrigen Beamten zum 1. August 2012 vorzunehmen.

- Seit dem Haushaltsjahr 2004 wird zudem die Beihilfe um eine sozial, d. h. nach Besoldungsgruppen gestaffelte Kostendämpfungspauschale gekürzt. Diese Pauschale wurde bislang nie erhöht. Nachdem die Beihilfeausgaben aber seit 2004 um rund 25 Prozent angestiegen sind, ist aus unserer Sicht eine vergleichbare Anhebung notwendig und vertretbar. Konkret bedeutet diese Anhebung im Höheren Dienst jährliche Mehrkosten von 30,00 Euro. Beim Mittleren Dienst und Gehobenen Dienst liegt der Betrag deutlich darunter. Für einen Studienrat sind dies gerade 2,50 Euro im Monat. Eine strukturelle Kürzung der Beihilfe ist – entgegen anderslautenden Meldungen – nicht vorgesehen.
- Zur teilweisen Deckung des Beihilfeaufwands für Wahlleistungen bei stationärem Krankenhausaufenthalt wird ein Kostenbeitrag von 13 Euro

monatlich von den Beihilfeberechtigten erhoben, die Beihilfen in diesem Bereich in Anspruch nehmen wollen. Angesichts der Haushaltssituation und der stark angestiegenen Beihilfen zu Ausgaben für Wahlleistungen, kann die Beihilfefähigkeit für derartige Aufwendungen nur bei Erhebung eines kostendeckenden Beitrags aufrechterhalten werden. Dies macht eine Erhöhung des Eigenanteils von 13 Euro monatlich auf 22 Euro monatlich notwendig.

Die dargestellten Einschnitte haben wir im Gegensatz zur alten Landesregierung versucht, im Dialog mit den Vertretern der Betroffenen zu erarbeiten. Diesen Dialog werden wir weiterführen, weil wir überzeugt sind, dass der Austausch für beide Seiten zu besseren Ergebnissen führt.

Bitte erlauben Sie uns bezüglich der Diätenerhöhung den Hinweis, dass die Diäten der Abgeordneten sich nicht im Wege der „Selbstbedienung“ regeln, sondern gesetzlich gekoppelt sind an die Einkommensentwicklung der Angestellten im öffentlichen Dienst, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der

freien Wirtschaft und eben auch an die Besoldungsentwicklung der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg. Die Diäten werden jedes Jahr durch das Statistische Landesamt zum 1. Juli neu berechnet. Grundlage der Berechnung ist ein Vergleich zwischen dem zweijährig rückliegenden Juli mit dem Juli des Vorjahres.

Die Verschiebung der Besoldungsanpassung bei den Beamtinnen und Beamten im Jahr 2012 wird sich entsprechend auch auf die Diäten im Jahr 2013 auswirken.

Im Übrigen sind auch die grün-roten Ministerinnen und Minister von der Verschiebung betroffen – die Anpassung derer Besoldung erfolgt auch erst zum 01. August 2012.

Bitte haben Sie Verständnis, dass wir in unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen Maßnahmen zur Konsolidierung unseres Staatshaushaltes ergreifen müssen und auch Beamtinnen und Beamten hiervon betroffen sind. Eine soziale Ausgestaltung dieser Einschnitte ist gerade für uns Sozialdemokraten ein wichtiges Anliegen.

*Mit freundlichen Grüßen*  
**Dr. Stefan Fulst-Blei**

## Antwortschreiben von Hans Guggenheim

an Dr. Fulst-Blei MdL

*An Herrn*  
*Dr. Stefan Fulst-Blei MdL*  
*Hans-Böckler-Str. 1*  
*68161 Mannheim*

Betr.: Offener Brief zum geplanten Sparopfer der Landesbeamten 2012

Bezug: Ihre Antwort vom 11.01.2012

### **Sehr geehrter Herr Fulst-Blei,**

haben Sie vielen Dank für Ihre Antwort vom 11. Januar 2012. Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich Ihr Ziel, eine soziale und nachhaltige Politik – und zwar nicht auf Kosten zukünftiger Generationen – unterstütze. Das hierzu grundsätzlich ein ausgeglichener Haushalt gehört – keine Frage. Problematisch ist vielmehr, wie und welche Schlussfolgerungen aus diesen Zielen abgeleitet werden.

Um nämlich einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können, schreiben Sie, müssen ALLE einen Beitrag leisten – auch Beamtinnen und Beamte. Mit diesem scheinbar so auf Ausgleich bedachtem Argument, dass ich nun schon gut 20 Jahre lang zu hören bekomme, wird immer wieder angedeutet, dass es Sparmaßnahmen gibt, die den nichtbeamteten Bürger treffen und deshalb zum Ausgleich Sparmaßnahmen geschaffen

werden müssen, die den Beamten betreffen. Hierbei wird fälschlicherweise vorgegaukelt, die Beamten wären von den allgemeinen Kürzungen im Landeshaushalt nicht genauso betroffen, wie jeder andere Bürger auch. Um dieser falschen Botschaft etwas entgegenzusetzen spricht der Beamtenbund berechtigterweise von Sonderopfern.

Sie schreiben, „dass die avisierten Einschnitte (bei den Beamtinnen und Beamten) sehr moderat und sozial verträglich seien“. Als Beispiel führen Sie den Studienrat an, der im Jahr 30.00 Euro mehr Kostendämpfungspauschale zu entrichten hat und 13.00 Euro monatlich für den Erhalt der Wahlleistungen mehr zu erbringen hat, insgesamt also lediglich 15.50 Euro/ Monat. Auf den ersten Blick wahrlich kein überwältigend hoher Betrag. Führt man sich aber vor Augen, dass dieser Studienrat lediglich im Jahr 2012 vor Steuern eine Besoldungserhöhung von 60,80 Euro/Monat erhält (A13, Erfahrungsstufe 5) relativiert sich dies doch ganz erheblich. Mit der geplanten Verzögerung der Besoldungsanpassung wird der Nettoverdienst des Studienrates im Jahr 2012 in etwa dem des Jahres 2011 entsprechen, d.h. dieser Studienrat erhält noch nicht einmal einen Inflationsausgleich. Nicht wesentlich besser ist dieses

Missverhältnis bei den unteren Besoldungsgruppen, wie das folgende Beispiel des Beamten in A 7, Erfahrungsstufe 5 zeigt. Dieser erhält nach der Besoldungsanpassung brutto 45,45 Euro monatlich mehr, davon gehen 14,58 Euro monatlich ab für Kostendämpfungspauschale (1,458 Euro/Monat) und Erhalt der Wahlleistungen (13 Euro/Monat), bleiben ab März 2012 monatlich brutto 30,86 Euro. Dies ist dann umgerechnet auf das ganze Jahr eine monatliche Besoldungsanpassung von brutto 23,29 €. Man erkennt leicht, dass auch diese „Besoldungsanpassung“ nicht einmal einen Inflationsausgleich darstellt, d.h. wieder einmal sollen die Beamtinnen und Beamten einen Reallohnverzicht hinnehmen und das obwohl für den Landeshaushalt Steuermehreinnahmen von 2,5 Milliarden Euro erwartet werden (vergl. Mannheimer Morgen vom 31.01.12).

Einmalig wäre eine solche „Besoldungsanpassung“ vielleicht ja noch zu verkraften – leider wird aber auf Kosten der Beamtinnen und Beamten seit Jahrzehnten gespart. Als Beleg hierfür habe ich Ihnen die Vergleichsstudie von Armin Aufrecht beigelegt, die von der Hochschule für Verwaltung in Speyer (die keine Hochburg der Staatsverschuldung darstellt) geprüft und als sachlich richtig bewertet wurde. Ich hoffe sie machen sich die Mühe und lesen diese Studie in einer ruhigen Stunde sorgfältig. Dann werden Sie auch sofort nachvollziehen können, dass ihr Argument, die Kostendämpfungspauschale müsste erhöht werden, weil seit 2004 die Beihilfeausgaben um 25 % angestiegen wären, in einem redlichen Austausch unhaltbar ist. Denn diese 25 % Steigerung liegen in etwa gleichauf mit der Steigerungsrate der Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg seit 2004 von 22,3 %. Schaut man sich die absoluten Beträge an, stellt man schnell fest, dass dem Staatshaushalt noch einiges an Mehreinnahmen verblieben ist, zumal die Besoldungsanpassungen keineswegs auch nur annähernd 22,3 % betragen haben. Im übrigen sind die Krankenversicherungskosten der Beamtinnen und Beamten in diesem Zeitraum auch um diesen Prozentsatz angestiegen – die von ihnen getätigten Änderungen bei der Kostendämpfungspauschale verteilen nur die Lasten zwischen Land und Beamten weiter zum Nachteil der Beamten.

Einen kleinen Seitenhieb zur Diätenanpassung werden Sie noch hinnehmen müssen: Gemäß § 5 Abs. 3 Abgeordnetengesetz werden die Diäten mit folgenden Gewichtszahlen erhöht und zwar zu 88,9% nach dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, zu

4,9 % eines Beschäftigten der Entgeltgruppe 12 des TVL und zu 6,2 % eines verheirateten Beamten A12. Die Verschiebung der Besoldungserhöhung geht bei ihnen also nur zu 6,2 % in ihre Erhöhungsberechnung ein; die Einschnitte bei der Beihilfe (Erhöhung der Kostendämpfungspauschale und Erhöhung für den Erhalt der Wahlleistungen) überhaupt nicht.

Ein Schelm, der Böses hierbei denkt. Übrigens wären wir Beamtinnen und Beamten mit einer solchen Regelung der Besoldungsanpassung (88,9 % nach dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, und zu 11,1 % eines Beschäftigten der Entgeltgruppe 12 des TVL) höchst zufrieden. Gerade an die-

ser Regelung des § 5 AbgG im Vergleich zu den vorgenommenen Einsparungen bei den Beamten kann man sehr schön erkennen, dass für einen ausgeglichenen Haushalt nicht ALLE einen gleich großen Sparbeitrag erbringen müssen. Nicht nur, aber auch deshalb halte ich die von der grün-roten Landesregierung getroffenen Entscheidungen bezüglich der Besoldungsanpassung resp. der Beihilfe für ungerecht.

*Mit freundlichem Gruß*  
**Hans Guggenheim**

**PS.:** Natürlich würde ich mich freuen, wenn wir – bei ihrem anstehenden Besuch in der JVA Mannheim – diesen Austausch fortführen könnten, am besten mit den übrigen Personalratsmitgliedern.

## Antwortschreiben aus dem Staatsministerium Baden-Württemberg vom 30. Januar 2012

*An Frau  
Anneliese Denke  
persönlich*

*Justizvollzugsanstalt Rottenburg Schloss 1  
72108 Rottenburg*

**Ihre Nachricht vom 26. 12. 2011**

**Sehr geehrte Frau Denke,**

Herr Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** dankt Ihnen für Ihr oben genanntes Schreiben. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. In Ihrem Schreiben sprechen Sie die Einsparungen im Beamtenbereich an. Hierzu darf ich wie folgt Stellung nehmen.

1. Die Landespolitik hat eine Gesamtverantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger. Es geht darum, angesichts des demographischen Wandels die weitere Verschuldung des Landes zu bremsen und gleichzeitig in zentrale Themenbereiche zu investieren. Hierzu gehören eine nachhaltige Finanzpolitik und die Verpflichtung zur Einhaltung der Schuldenbremse 2020. Gerade in Zeiten steigender Steuereinnahmen ist es erforderlich, den Landshaushalt ohne Aufnahme neuer Schulden zu gestalten, da ansonsten die schwierige

Haushaltssituation bei rückläufigen Steuereinnahmen weiter verschärft wird. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Die Sanierung der Staatsfinanzen kann den Personalbereich, der in Baden-Württemberg über 40 % des Haushaltsvolumens ausmacht, nicht ausklammern. Die Deckungslücke im Haushalt 2012 betrug – nach Berücksichtigung der stark gestiegenen Steuereinnahmen – rund 360 Millionen Euro. Davon sollen bei der Beamtenschaft rund 134 Millionen Euro eingespart werden. Der Rest wird überwiegend bei den Sachausgaben eingespart.

2. Die ursprünglich für den 1. Januar 2012 vorgesehene Anpassung der Besoldung und Versorgung (1,2 % zusätzlich eines Betrages in Höhe von monatlich 17 Euro) wird unter Berücksichtigung einer sozialen Komponente für die Besoldungsgruppen bis A 10 auf den 1. März 2012 und für die übrigen Besoldungsgruppen auf den 1. August 2012 verschoben (rund 101,4 Millionen Euro). Durch die verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder für 2012 wird in

die individuelle Liquidität der Beamten nicht unmittelbar eingegriffen. Die Abkopplung von der Einkommensentwicklung der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst ist vorübergehend und betrifft einen Zeitraum von zwei bzw. sieben Monaten. Durch die grundsätzliche Anlehnung an die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes soll eine einheitliche Bezahlstruktur im öffentlichen Dienst sichergestellt werden. Bei einem Vergleich zwischen der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst und der Entwicklung der Gehälter in der Privatwirtschaft ist zu berücksichtigen, dass Bezügeanpassungen allein kein abschließendes Bild über die tatsächliche Entwicklung der Einkommen im öffentlichen Dienst ermöglichen, da strukturelle Maßnahmen wie Stellenhebungen und verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten nicht einbezogen werden. Bei einem Vergleich des öffentlichen Dienstes mit der Privatwirtschaft darf überdies nicht außer Betracht bleiben, dass sich die Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Regelfall in einem unkündbaren Beschäftigungsverhältnis befinden. Im Hinblick darauf, dass Personalentlassungen, Lohnverzicht und Kurzarbeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten keine Seltenheit mehr sind, ist der sichere Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst ein hohes Gut, das bei der Beurteilung der Einkommensverhältnisse mit berücksichtigt werden muss.

3. Im Bereich der Beihilfe wird die Kostendämpfungspauschale entsprechend der Entwicklung der Beihilfenausgaben um 25 % angehoben. Die bisherige soziale Staffelung nach Besoldungsgruppen wird beibehalten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Beschl. v. 07.11.2002 - 2 BvR 1053198) ist der Dienstherr nicht verpflichtet, Beihilfe zu Wahlleistungen im Krankenhaus zu gewähren. Zur anteiligen Deckung des Beihilfenaufwands für derartige Leistungen wird daher seit 2004 ein Kostenbeitrag von 13 Euro monatlich erhoben, soweit für die Inanspruchnahme von Beihilfe zu Wahlleistungen optiert wurde. Angesichts der seit 2004 stark



Besuchen Sie uns im Internet

**www.bsbd.de**

angestiegenen Beihilfeausgaben für Wahlleistungen soll mit der Anhebung des Kostenbeitrags auf 22 Euro pro Monat die seit Jahren bestehende Unterdeckung bei den Wahlleistungen ausgeglichen werden. Im Ergebnis wird durch beide Maßnahmen lediglich die allgemeine Kostenentwicklung bei den Beihilfeausgaben nachvollzogen. Die Änderungen sind familienfreundlich, da berücksichtigungsfähige Angehörige bei der Kostendämpfungspauschale und bei der Wahlleistungspauschale ohne eigenen Betrag mit einbezogen sind. Auch im Tarifbereich sind die Kosten für die gesetzliche Krankenversicherung gestiegen.

4. Die mit der Regierungsneubildung anfänglich verbundenen 180 zusätzlichen Stellen in der Ministerialverwaltung waren erforderlich, um die Handlungsfähigkeit der neuen Landesregierung herzustellen. Sie werden in den kommenden fünf Jahren an anderer Stelle in der Ministerialverwaltung wieder eingespart, so dass mittelfristig keine zusätzliche strukturelle Belastung für den Landeshaushalt entsteht. Gemessen an rund 190 000 Beamtinnen und Beamten im Landesbereich handelt es sich um eine vergleichsweise moderate Anzahl an vorübergehend neu geschaffenen Stellen.

Grundlage für die Bemessung der Abgeordnetenentschädigung ist das 2005 eingeführte sogenannte Indexierungsverfahren. Dieses ist so geregelt, dass das Statistische Landesamt dem Landtag eine Maßzahl mitteilt, die sich an der Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst während eines einjährigen Zeitraums orientiert. Durch dieses sozusagen automatisierte Verfahren kann es nicht nur wie 2011 geschehen zu Erhöhungen, sondern auch zu Kürzungen der Abgeordnetenentschädigung kommen. So wurden die Diäten 2010 um 1,53 % gekürzt, während die Besoldung 2010 um 1,2 % erhöht wurde.

In der Gesamtabwägung schafft der von der Landesregierung aktuell beschlossene Solidarbeitrag der Beamtenschaft nach meiner Einschätzung einen vertretbaren Ausgleich zwischen der Notwendigkeit der Haushaltssanierung und den berechtigten Interessen der Betroffenen an der Teilhabe an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Abschließend darf ich Ihnen die besten Grüße von Herrn Ministerpräsidenten übermitteln und verbleibe selbst

*Mit freundlichen Grüßen*  
**Müller**



Die Teilnehmer an der Regionalkonferenz in der JVA Schwäbisch Gmünd.

Foto: BSBD-BW

Regionalkonferenz Nordwürttemberg fand am 08. März 2012 statt

## Die JVA Schwäbisch Gmünd war Treffpunkt der Personalräte

Im Fall der JVA Offenburg ist mehr Transparenz hinsichtlich der Personalplanungen gewünscht

**Im Mehrzweckraum, einem Vorraum der Kirche – sozusagen unter höchster Schirmherrschaft – wurde vom ÖPR die erste diesjährige Regionalkonferenz von Frau Vogt der Schriftführerin des ÖPR, Frau Mangold und Herrn Feldmann, dem Vorsitzenden des ÖPR, abgehalten.**

Angereist waren die Personalräte der JVA'en Heilbronn Herr **Bechle** und Stuttgart Herr **Karl** und Herr **Fleischer**. Für das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg waren Herr **Rode** und Herr **Kolb** und für die Sozialtherapeutische Anstalt Crailsheim Herr **Kollotzsch** und Herr **Kräutle** da. Der ebenfalls zur Regionalkonferenz Nordwürttemberg gehörende Personalrat der JVA Schwäbisch Hall war verhindert und hat kurzfristig abgesagt.

### Vorgesehene Themen der Regionalkonferenz waren:

1. Vertrauensvolle Zusammenarbeit.
2. Arbeitszeiten nach der „neuen“ Regelung (Dienstrechtsreform).
3. Wie ist die Urlaubsplanung in den Anstalten geregelt.
4. Schwerpunkte der jeweiligen ÖPR.
5. Verschiedenes und Sonstiges.
6. Führung durch die JVA Schwäbisch Gmünd.

Nach einer Begrüßung der Teilnehmer vom Vorsitzenden des ÖPR Herr **Feldmann**, konnten sich die angereisten Teilnehmer an kleinen Häppchen und mit Kaffee für die Konferenz stärken. An dieser Stelle sei ausdrücklich der ausgezeichneten und sehr liebevollen Vor- und Zubereitung durch all die fleißigen Kü-

chenhelfer, besonders zu erwähnen Frau **Opp**, gedankt! Auch dem Ortsgruppenverband ein herzliches Dankeschön für die kalten Getränke.

Frau **Ensle-Bohn**, die Verwaltungsleiterin der JVA Schwäbisch Gmünd und gleichzeitig auch stellvertretende Landesvorsitzende des **BSBD** in Baden-Württemberg, begrüßte die Anwesenden und richtete Grüße der Anstaltsleitung und des **BSBD**-Vorsitzenden Herrn **Schmid** aus. In diesem Rahmen wurde natürlich auch der brandaktuelle Personalnotstand der JVA Offenburg von ihr angesprochen und die vom Justizministerium gedachten „Zwangsversetzungen“ vor allem der Anwärter verschiedener Anstalten nach deren Laufbahnprüfung. Durch das intervenieren des Hauptpersonalrats und des **BSBD**-Baden-Württemberg beim JM konnte jedoch in letzter Minute erreicht werden, dass vorerst auf Freiwilligkeit gesetzt wurde.

Frau **Tisljar**, Vollzugsdienstleiterin der JVA Schwäbisch Gmünd und Fachgruppenvertreterin im **BSBD** Baden-Württemberg für weibliche Bedienstete schloss sich der Begrüßung an und wünschte einen erfolgreichen Tagungsverlauf.

Aufgrund der Aktualität wurde die geplante „Zwangsabordnung“ weiter thematisiert und besprochen. Es wurde erörtert, wie wichtig es ist, seitens des

Ministeriums Zahlen zu bekommen, aus denen klar hervorgeht, wie viel Personal genau in Offenburg benötigt wird. Diese Zahl müsste auch nach AVD, Werkdienst, Fach- und Sonderdienste aufgeschlüsselt sein.

Außerdem sollte mehr Offenheit gegenüber den angestellten Anwärtern praktiziert werden. Es sei einfach unehrlich Anwärter unter „falschen“ Voraussetzungen einzustellen. Sicherlich sei es rechtlich in Ordnung Landesbeamte landesweit zu versetzen, moralisch und sozial jedoch ist nur dann, wenn es von vornherein den Betroffenen klar gemacht wird. Im Fall der **JVA Offenburg** wurde insgesamt **mehr Transparenz in Bezug auf die Personalplanungen** gewünscht, denn wie man nun sieht betrifft es Alle und nicht nur die Beschäftigten der JVA Offenburg.

Nach einer sehr ausführlichen und intensiven Erörterung im aktuellen Fall des Personalnotstandes der JVA Offenburg wandte man sich der Tagesordnung zu und beriet, wie vertrauensvolle Zusammenarbeit verwirklicht werden könnte.

Alle Teilnehmer waren sich einig, wie wichtig diese auch im Landespersonalvertretungsgesetz explizit verankerte vertrauensvolle Zusammenarbeit ist und wie schwierig sich deren Umsetzung gestaltet. So war eine der Ideen der Konferenz, Anstaltsleiter und Personalräte im Rahmen

einer Personalräte Konferenz einmal im Jahr an einen Tisch zu bekommen.

Die Umsetzung der Dienstzeiten in den Anstalten der Region Nordwürttemberg aufgrund der am 1. Januar 2012 in Kraft tretenden neu gefassten VwV Schicht- und Wechseldienst wurde sehr unterschiedlich gehandhabt. So wurde der neue Dienstplan in einer Anstalt bereits letztes Jahr Oktober probeweise eingeführt.

In einer anderen Anstalt wurde der Dienstplan per Verfügung vom 30. Dezember 2011 zum 01. Januar 2012 geändert ohne vorher dem ÖPR zur Zustimmung vorgelegen zu haben.

Nach dem im Priorgebäude eingenommenen Mittagessen wurde der Punkt „Führung durch die JVA Schwäbisch Gmünd“ vorgezogen. Ehemals von ca. 1240 bis 1803 Dominikanerinnenkloster „Gotteszell“. Alle Gäste „Gotteszells“ – wie die JVA Schwäbisch Gmünd noch heute genannt wird – waren sich einig, dass es eine sehr schöne und idyllische Anstalt ist, deren Charme auch daher rührt, dass bis heute ein Großteil des klösterlichen Baubestandes erhalten und in Benutzung ist.

Der Tagesordnungspunkt wie die Urlaubsplanung in den Justizvollzugsanstalten geregelt ist, führte zum Ergebnis, dass ähnliche Regeln, wie z.B. bis zu drei Wochen Jahresurlaub am Stück, – Eltern

mit schulpflichtigen Kindern werden in den Ferien bevorzugt, – etc. in den Justizvollzugsanstalten praktiziert werden. Lediglich problematisch erschien in der JVA Schwäbisch Gmünd der Umstand, dass der AVD den Werkdienst in der Urlaubszeit zu vertreten hat und somit Doppelabsprachen nötig sind.

Als Schwerpunkte in den jeweiligen örtlichen Personalräten kristallisierte sich die knifflige Bewältigung der vertrauensvollen Zusammenarbeit heraus. Ebenso ist durch die ÖPR der Umgang mit ständig unzufriedenen Kollegen eine Herausforderung die thematisiert wurde.

Zu den Punkten Verschiedenes und Sonstiges wurde die Schließung der JVA Heidenheim – einer Außenstelle Schwäbisch Gmünds – erörtert. Es ist noch nicht klar wann genau die Außenstelle schließt. Das sie geschlossen wird stehe fest. Die Handhabung der Medikamentenausgabe in den Justizvollzugsanstalten wurde noch angesprochen und die Genehmigung, bzw. Ablehnung von Anträgen eine Nebenbeschäftigung auszuüben.

Im Zusammenhang mit der Überlegung wie oft man sich zur Regionalkonferenz treffen sollte wurde vereinbart, dass zweimal im Jahr ausreiche. Die nächste Regionalkonferenz sollte im Herbst stattfinden und wird von den Kollegen des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg ausgerichtet werden.

## SPD wird sich für „Bestandssicherung der Beamtenschaft einsetzen“

Ortsverband-Heilbronn traf sich mit dem SPD-Abgeordneten Rainer Hinderer in dessen Wahlkreisbüro

**Z**u der aktuellen Einsparpolitik der Landesregierung trafen sich am **08. März 2012** die **Vorstandsmitglieder Stuntz, Schaffner und Rinklin des BSBD-OV Heilbronn** mit dem **SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Hinderer (Wahlkreis Heilbronn)** in seinem **Wahlkreisbüro**. **Nach gegenseitigem Vorstellen und der Darstellung des Strafvollzugs sowie der Gewerkschaft BSBD ging es um die aktuellen politische Themen.**

Hier natürlich mit der bereits beschlossenen Umsetzung des **130 Mio.-Sparpakets** der Landesregierung. Erstmals wurde dem Abgeordneten direkt vorgerechnet, was die Einsparungen durch die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale, der ärztlichen Wahlleistungen sowie die Verschiebung der Besoldung für die Kollegen des Justizvollzugs bedeutet. Als ungünstig umgesetzt, sieht Herr **Hinderer** die Verschiebung der Besoldung für die unteren Besoldungsgruppen. Diese hätten bis zu A 10 hiervon komplett ausgenommen werden müssen. Die weiteren Einschnitte verteidigte er jedoch mit der Einsparungsvorgabe zur Nullverschuldung in den nächsten Jahren. Auch die oft genannten Stellenschaffungen und die Aufstockung der Ministerien rechtfertigte er.

Wie die Landesregierung in den nächsten Jahren weiter einsparen wird und ob die Beamten wieder an den Tropf müssen, konnte er nicht ausschließen.

Die Angst der Beamten auf weitere Sparmaßnahmen ist nicht unbegründet, so der Abgeordnete **Hinderer**. Die SPD wird aber diejenige Partei in der Regierungskoalition sein, die sich für die „**Bestandssicherung der Beamtenschaft**“ einsetzen wird.

Dem Ortsverbandsvorsitzenden **Thomas Stuntz** war es aber auch wichtig, Themen anzugehen, die den Ortsverband und somit die Bediensteten der JVA Heilbronn betreffen. Die Verbesserung bei den Angestellten und der Verwaltung durch die Anpassung an die Gitterzulage und die Umsetzung der bereits 2011 beschlossenen Stellenhebung für den Pädagogischen Dienst wurden unter anderem angesprochen.

gogischen Dienst wurden unter anderem angesprochen.

Kollege **Ralf-Peter Schaffner** unterstrich den Vertrauensvorschuss an die SPD, den sie durch die Wähler des Justizvollzuges aufgrund der Wahlprüfsteine erhielt. Das Versprechen, die JVA Offenburg zu „entprivatisieren“, wurde eingehalten und wird auch als positive Entwicklung gesehen. Die dadurch entstandenen Probleme der Personalnot durch den Ausfall von **Kötter-Leuten** waren dem Abgeordneten aber so nicht bewusst.

Auch der Schriftführer im **BSBD-Landesvorstand Lars Rinklin** befürchtet ein Wahldesaster für die Regierungsparteien bei der nächsten Landtagswahl, sollten weitere Einschnitte für die Beamten im Land erfolgen.

Die SPD sollte ihre eigentlich beamtenfreundliche Einstellung in der Regierungskoalition durchsetzen und somit weitere Einsparungen verhindern.

Der Abgeordnete **Rainer Hinderer** bedankte sich für den offenen Meinungsaustausch und die ersten Einblicke in

die Sorgen und Probleme der Strafvollzugsbediensteten der JVA Heilbronn. Er wünscht sich, den nun „geflochtenen Gesprächsfaden“ zu erhalten und möchte sich gerne vor Ort in der JVA ein Bild der Situation machen.

Zudem ist es dem Vorsitzenden des OV Heilbronn gelungen, weitere hochkarätige Politiker für die Probleme der Beamten und des Justizvollzugs zu interessieren. So hat der Staatssekretär im Finanzministerium **Ingo Rust** MdL (SPD) einen Besuch in der JVA Heilbronn zugesagt. Außerdem wurden vom CDU-Stadtverband Heilbronn der CDU-Landesvorsitzende **Thomas Strobl** MdB und der Stadtverbandsvorsitzende **Alexander Throm** MdL (CDU) zu einem Gespräch eingeladen.

Lars Rinklin



V.l.n.r.: Lars Rinklin, Thomas Stuntz, Rainer Hinderer, Ralf-Peter Schaffner.

Foto: BSBD-BW

## „Wir lassen unsere Tarifkräfte nicht im Regen stehen“

Der BSBD bietet eine schlagkräftige und kompetente Interessenvertretung an

**D**er BSBD hat Konsequenzen aus dem sich wandelnden Arbeitsmarkt auch im Strafvollzug gezogen. Zunehmend gewinnen der Tarifbereich und seine Beschäftigten auch im Bereich des Strafvollzuges an Bedeutung. Da war es nur konsequent und notwendig, dass der BSBD als die größte Fachgewerkschaft innerhalb der Baden-Württembergischen Justiz sich auf Beschluss des Landesvorstandes dieses wichtigen Themenfeldes intensiver als zuvor annimmt.



Die Kolleginnen und Kollegen dürfen mit ihren Anliegen, Fragen und Wünschen nicht allein gelassen werden, sondern hier wird eine schlagkräftige und kompetente Interessenvertretung benötigt.

Aus diesem Anlass haben sich am 01. Februar 2012 die Kolleginnen **Ensl-Bohn** und **Mehlfeld** (JVA Schwäbisch-Gmünd), Kollegin **Fimmler** (JVA

Heimsheim) und die Kollegen **Drackowski** (JVA Rottenburg), **Ruland** (JVA Mannheim) und **Lehrer** (JVA Pforzheim) unter Leitung von **Georg Konrath** in Stuttgart zu einem konstituierenden Treffen der neuen „Arbeitsgruppe Tarif“ im BSBD Baden-Württemberg getroffen.

Als Sprecher der AG Tarif wurde bei diesem Treffen **Axel Lehrer** gewählt, seine Stellvertretung übernimmt **Petra Fimmler**.

Die besondere Bedeutung der neuen Arbeitsgruppe wurde auch durch die Anwesenheit von Frau **Dorothea Faisst-Steigleder**, der Tarifbeauftragten des Beamtendienstes Baden-Württemberg (BBW), unterstrichen, die der AG Tarif des BSBD ihre volle Unterstützung zusagte und damit sicherstellte, dass eine hervorragende Vernetzung der AG Tarif in alle relevanten gewerkschaftlichen Gremien stattfindet.

Nun heißt es, sich innerhalb der AG zu orientieren und die drängenden Probleme anzugehen – wie z. B. Übergangszahlungen bei vorzeitiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses (§ 47 TV-L),

Anrechnung von vorangehender Arbeitszeit, fehlender Stufenaufstieg/Qualifizierungsmöglichkeiten (§ 5 TV-L), Entgeltzuschläge bei Schicht- und Wechseldienst – um nur einige zu nennen.

Wir wollen nun alle komplexen Themen sammeln und diese bei unseren vierteljährlichen Treffen erörtern. Zudem wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land informieren, ihnen beistehen und uns als BSBD-Landesverband für ihre Belange einsetzen. Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns E-Mails mit Ihren Problemen und Fragen – egal ob BSBD-Mitglied oder nicht – wir werden informieren und versuchen zu helfen!

Fotos (2): BSBD-BW



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
Info@AK-finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

BSBD-Fachgruppe Werkdienst:

## Umstrukturierung des Landesbetriebs VAW wird zurückgewiesen

Durch Sparmaßnahmen des Rechnungshofes Baden-Württemberg soll eine Gewinnmaximierung erreicht werden

**D**er Beitrag Nr. 13 VAW (Kapitel 0508) der Denkschrift 2011 des Rechnungshofes (Drucksache 15/100) stellt einen „Frontalangriff“ auf den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen (LB VAW) dar. Die vom Rechnungshof für eine Beschlussempfehlung angeregten Maßnahmen würden die seit Jahren erfolgreich gewachsenen, tragfähigen und somit in der Praxis bewährten Strukturen des VAW im Justizvollzug schwer belasten, wenn nicht gar zerstören.

Die gestellten **Zielvorgaben des Rechnungshofes** sind so nicht zu verwirklichen. Das Betriebsergebnis (BE) um 100% zu erhöhen, die Erstattungen für Ausbildung und Hilfstätigkeiten zu verringern sowie die Kosten des VAW für Personal anzuheben, ist nicht umsetzbar. In Zahlen ausgedrückt soll der LB VAW statt 2 Mio. € Umsatz im Endergebnis über 6 Mio. € Umsatz erwirtschaften (2 Mio. € BE, 2 Mio. € zusätzliches BE, 0,6 Mio. € weniger Erstattung für Ausbildung, 1,5 Mio. € mehr für Personalkosten).

Die **Vollzugsziele** Resozialisierung der Gefangenen und Sicherheit der Bevölkerung bedingen sich gegenseitig und stehen miteinander im Einklang. Die Beschäftigung der Gefangenen dient der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den Justizvollzugsanstalten. Außerdem trägt sie dazu bei, dass die Gefangenen die Befähigung für ein zukünftig straffreies Leben erhalten. Ziel des VAW ist es, grundsätzlich ein gutes **Betriebsergebnis** zu erwirtschaften. Rein betriebswirtschaftliche Ziele können aber nicht an erster Stelle stehen. Auch die Forderung, auf landwirtschaftliche oder kleine Betriebe, die unrentabel sind, zu verzichten, kann so nicht hingenommen werden. Hier werden oft besonders schwierige Gefangene zu einfachen Arbeiten eingesetzt, die ihnen einen strukturierten Alltag gerade durch Beschäftigung vorgeben, so dass dieses Einüben auch als Stufensystem bei Lockerungsentscheidungen verwendet werden kann.

Bei den Erstattungen der **Ausbildungsleistungen** und bei den **Hilfstätigkeiten** (Einsatz von Reinigern) sparen zu wollen, kann ebenfalls nicht nachvollzogen werden. Die Sauberkeit in den Anstalten ist allein aus Hygienegründen ein äußerst wichtiges Ziel. An den Kosten der Ausbildung zu sparen verhält sich kontraproduktiv zur gesetzlichen Vorgabe, den Gefangenen künftig auf ein straffreies Leben vorzubereiten. Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder erworbenen Qualifizierung ist dieses zentrale Vollzugsziel sicherlich leichter erreichbar. Eine getrennte Erfassung der jeweiligen **Arbeits-**

**zeitanteile** der einzelnen Beschäftigten für das VAW und für die Sicherheit würde zu einem unverhältnismäßig hohen Bürokratie- und Kostenaufwand führen. Daher ist die bestehende Regelung der 50%-Aufteilung auf VAW-Tätigkeiten und 50% auf Sicherheitsaufgaben richtig und praxisgerecht.

Das VAW ist einer der wenigen Betriebe in der Justiz, der 50% seiner Lohnkosten selbst erwirtschaftet. Das BE des LB VAW zeigt, dass das VAW einen beachtlichen Kostenbeitrag zur Reduzierung des Finanzaufwandes des Landes beiträgt. Der **BSBD** befürwortet, dass weiterhin nur die überplanmäßigen Überschüsse zu 50% an das Land abgeführt werden sollen. Festgesetzte Abgaben sind bei schlechter Konjunkturlage und einem negativen BE des LB VAW nur äußerst schwer zu erzielen.

Die Fachgruppe Werkdienst/Technischer Dienst im **BSBD** dankt zusammen mit dem **BSBD**-Landesvorstand dem **Justizministerium** und den **Anstaltsleitern** für ihre Erwidern und übereinstimmenden Kritik auf die Anregungen und Vorschläge des Rechnungshofes zum Landesbetrieb VAW. Die dort

herausgestellten Argumente für die Beibehaltung der effizienten und praxisfunktionalen VAW-Struktur im guten Einklang mit den Vollzugszielen sind sehr überzeugend und werden vom **BSBD** in vollem Umfang und mit Nachdruck unterstützt.

**Wir sagen:** Es kann und darf nicht sein, dass wegen des Gewinnstrebens des Rechnungshofes wichtige Ausbildungs- und Arbeitsplätze aus dem Landesbetrieb VAW wegstrukturiert werden; denn davon wären die motivierten Gefangenen für eine Ausbildung und die besonders schwierigen Gefangenen für einen gestalteten Arbeitstag am meisten betroffen.

**Insgesamt wären die Folgen unabsehbar:**

- unausgefüllte Zeit und Langeweile auf den Stockwerken,
- dadurch erhöhter Aufsichts- und Sicherheitsbedarf,
- Ausweitung der Taschengeldausgaben,
- starke Beeinträchtigung der Sauberkeit und Hygiene in der Anstalt,
- Wegfall von offenen Haftplätzen sowie der Eigenversorgung und Landschaftspflege durch landwirtschaftliche Betriebe u.v.a.m.

**Es hat den Anschein als habe der Rechnungshof keinerlei Kenntnisse von der Gesetzeslage im Justizvollzug (JVollzGB), von den dortigen Praxisstrukturen und von den schwerwiegenden Auswirkungen seiner Vorschläge, obgleich es auch Bedienstete in dieser Behörde gibt, die aus dem Justizvollzug nach dort gewechselt sind.**

Laufsportgruppe der JVA Bruchsal

### Braveheart Battle 2012

Am Samstag, 10. März, haben Alexander Keller, Marcus Bornhäuser, Christian Ihle und Andreas Becker am wahrscheinlich härtesten Hindernisrennen Deutschlands teilgenommen.

Beim „Braveheart Battle“ 2012 in Münnerstadt (Unterfranken) kamen die vier unter extremsten Bedingungen im vorderen Mittelfeld der 2354 Starter ins Ziel. Der Survival Run der Extraklasse mit einer Lauflänge von 24 km und 45 Hindernissen, bei denen die Elemente „Feuer, Wasser, Erde und Luft“ eine sehr große Rolle spielten, verlangte von allen Startern Höchstleistungen. Dies

war Grund genug, mit Stolz an der Zielinie in der Braveheart-Arena die Medal of Honor entgegen zu nehmen. Eine Auszeichnung, auf die nicht nur die Athleten stolz sein können.



Der BSBD-Baden-Württemberg gratulierte Ehrenmitgliedern

## Festtage: Hans Hambücher feierte seinen 90. Geburtstag – und John Gahlen konnte sein 80. Wiegenfest begehen

**A**m 30. Januar 2012 fuhr eine kleine Delegation des BSBD – bestehend aus Alexander Schmid, Barbara Reber und Hans Karl – nach Stuttgart-Stammheim in die Erichstraße. Im Gepäck hatten sie einen wohlsortierten Geschenkkorb mit edlen Tropfen und vielen anderen leckeren Sachen sowie die allerherzlichsten Glückwünsche des ganzen Landesverbandes: dies alles galt unserem langjährigen Ehrenmitglied Hans Hambücher, der an diesem Tag seinen durchaus besonderen 90. Geburtstag feiern konnte.

Man traf den rüstigen Jubilar bei guter Gesundheit und erstaunlicher geistiger Frische an – und übergab zu dessen großer Freude die Geschenke. Anwesend waren noch andere, meist ältere Kolleginnen und Kollegen aus seiner aktiven Zeit als Verwaltungsleiter der JVA Stuttgart, die er in allen Höhen und Tiefen hautnah erlebt hat. Aus diesem reichen Fundus – unterlegt mit Fotoalben – gab er bei seiner Feier viele „tolle“ Geschichten zum Besten.

**Hans Hambücher**, der sicher die Bezeichnung „Vollzugs- und BSBD-Urgestein“ akzeptiert, begann seinen Dienst im damaligen Landesgefängnis **Mannheim** und war dann schon vor Betriebsbeginn 1963 bei der **JVA Stuttgart** tätig. Bereits im April 1955 hat er den **BSBD-Ortsverband Mannheim** gegründet und er übernahm am 11. Mai 1955 bei der Gründung des Landesverbandes die Funktion des Zweiten Vorsitzenden. Nach aller und alter Überlieferung war er auch die erste treibende Kraft bei der Ausstattung der Kollegen mit Uniformen und bei der bald folgenden Einführung der „Gitterzulage“ ab 1956 – so lang ist's her! Ganz maßgeblich war er auch bei den Baumaßnahmen der ersten Groß-Anstalt des Landes nach dem Krieg in Stuttgart-Stammheim sowie bei den Planungen und Baudurchführungen rund um die JVA Heimsheim dabei.

Aber auch nach seiner Dienstzeit ruhte und rastete **Hans Hambücher** nicht. Er engagierte sich mit viel Kraft und Erfolg ehrenamtlich beim Caritas-Verband, dessen „Haushälter“ er lange Zeit war. Ebenso setzte er sich nachhaltig für das im Stammheimer Schloss residierende Seniorenstift ein. So kennt man **Hans Hambücher**: Ihm war keine Frage zu schwer und keine Arbeit zu viel!

Zu der Geburtstagsfeier kam auch die Stammheimer Bezirksvorsteherin **Susanne Korge**, aus deren Hand Hans Hambücher die Ehrenurkunden zum 90. Geburtstag von Oberbürgermeister **Wolfgang Schuster** und von Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** entgegennehmen durfte.

Nur kurze Zeit später – am **16. Februar 2012** – beging unser allseits geschätzter Kollege **John Gahlen**, der ebenfalls



Herzlichste Gratulation zum 90. Geburtstag von Hans Hambücher (2.v.l.) durch BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid, Ortsverbandsvorsitzenden Stuttgart Hans Karl und Geschäftsführerin Barbara Reber.

Foto: BSBD-BW

**langjähriges Ehrenmitglied** des Landesverbandes ist, seinen **80. Geburtstag**. Leider konnte ihn vom Vorstand an seinem besonderen Ehrentage niemand an seinem Wohnort **Oftersheim** bei Schwetzingen besuchen. Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** sandte jedoch eine schöne Glückwunschkarte an den Jubilar und überbrachte auf diesem Wege die herzlichsten Grüße und besten Wünsche des **BSBD-Landesverbandes**. Leider kann sich **John Gahlen** schon seit langem nicht mehr bester Gesundheit erfreuen, er hat sich aber seine geistige Regsamkeit gut erhalten.

Auch **John Gahlen**, der ursprünglich aus dem ehemaligen Ostpreußen kam, begann seinen Vollzugs- und Verwaltungsdienst im **Landesgefängnis Mannheim** und auch er wechselte – als Mann der ersten Stunde – bereits vor der Betriebsaufnahme im Jahre 1974 an die **neue Jugendstrafanstalt Adelsheim**, um dort die Bauarbeiten und die Baugestaltung von Seiten der Justiz entscheidend zu begleiten und zu beaufsichtigen.

Den **BSBD-Landesverband Baden-Württemberg** führte er in den Jahren von **1976 bis 1980** als **erster Vorsitzender**. Aber nicht nur deshalb war er bekannt und anerkannt, er war in allen Vollzugs- und Verwaltungsfragen sehr belesen und veröffentlichte auch eine Reihe von praktisch-wissenschaftlichen Beiträgen zum

damals völlig neu gestalteten Strafvollzugsrecht, zur Vollzugs- und zur Kriminalkunde. **John Gahlen** hat ohne Zweifel die tiefgreifenden Reformen des Vollzugs in den 70er und 80er Jahren nicht unwesentlich mitgeprägt.

Dazu wurde ihm Adelsheim auch zur Wahl- und Wohlfühl-Heimat. Denn er erfreute als Verwaltungsleiter nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu besonderen Anlässen mit selbstverfassten humorvollen und auch nachdenklichen Reimen, die er zudem kalligraphisch auszuschnücken verstand. Er erwarb sich auch die Hochachtung der Adelsheimer Bürgerschaft, indem er zum Präsidenten des dortigen Faschnachtsvereins: der „Gäasswärmerzunft Alleze 1927 e.V.“ gewählt wurde. Wer weiß, welch hohes Ansehen diese traditionsreichen Zünfte haben, kann auch ermesen, welch honorifique Wertschätzung dem – „im Gefängnis arbeitenden“ – **John Gahlen** von der Adelsheimer Bevölkerung entgegengebracht wurde. So wird sich der Jubilar, der seinen 80. Geburtstag feiern konnte, gerne an seine Zeit in „Alleze“ erinnern.

**Für den BSBD-Landesverband ist es nicht ohne Stolz und eine große Freude, so verdiente Ehrenmitglieder wie Hans Hambücher und John Gahlen, die von Vollzug und Verband gewürdigt werden, in seinen Reihen zu haben.**

asm/wok

Behörden Spiegel Februar 2012

# Mit Toleranz und Überzeugungskraft

Justizvollzugsbeamte – Staatsdiener hinter Gitter

(BS/Gerd Lehmann) – In dieser Woche hat Alexander Schmid (49), Amtsinspektor in der Justizvollzugsanstalt Konstanz, Frühdienst. Kurz nach der sechs Uhr verlässt er seine Wohnung in Bodman, einem der schönsten Erholungs- und Urlaubsorte am Bodensee, und fährt mit dem Auto in das rund dreißig Kilometer entfernte Konstanz zu seiner Dienststelle der JVA Konstanz in der Wallgutstraße. Die in der Innenstadt gelegene Haftanstalt ist unter anderem zuständig für den Vollzug von Freiheitsstrafen bis zu 15 Monaten für Männer des Landgerichtsbezirks Konstanz und die Unterbringung von männlichen Untersuchungshäftlingen. Die Fenster der geschlossenen Vollzugsabteilung sind vergittert, der Bau mit hohen Mauern von der Außenwelt abgeschirmt: In der geschlossenen Vollzugsabteilung mit ihren rund 75 Haftplätzen ist der Amtsinspektor Alexander Schmid tätig.

Alexander Schmid ist seit rund zwanzig Jahren im Justizvollzugsdienst tätig. Nach der Schule trat er 1980 zunächst in den Dienst des Bundes ein und war nach der Ausbildung als Beamter des Bundesgrenzschutzes (BGS), der heutigen Bundespolizei, bis 1991 mit Grenzschaufgaben vorwiegend in Niederbayern an der Grenze zur damaligen Tschechoslowakei tätig. Schmid wäre sicherlich noch heute Bundespolizist, wenn er die Möglichkeit bekommen hätte, Dienst in der Nähe seiner Heimat am Bodensee zu versehen. Diesem Wunsch aber konnte oder wollte seine vorgesetzte Dienststelle, das Grenzschutzkommando Süd in München, nicht entsprechen. Als Schmid, seines Zeichens immerhin schon Polizeihauptmeister im BGS und Beamter auf Lebenszeit, eines Tages erfuhr, dass die JVA Konstanz zum April 1991 einen Bewerber für die Laufbahn des allgemeinen Justizvollzugsdienstes suchte, obsiegte seine Heimatverbundenheit. Mit schon fast 30 fing Schmid noch einmal von ganz vorn an. Er bewarb sich, absolvierte die neunmonatige theoretische Ausbildung mit dem Einführungs- und Abschlusslehrgang an der Justizvollzugsschule Baden-Württemberg in Stuttgart, die praktische Ausbildung in der JVA Konstanz und bestand 1993 die Laufbahnprüfung für den allgemeinen Justizvollzugsdienst.

## Der Freiheit angeglichen

Schmid wurde Beamter auf Probe, nach weiteren drei Jahren Beamter auf Lebenszeit, Hauptsekretär und ist heute Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst. Alexander Schmid ist verheiratet und Vater einer sechsjährigen Tochter. In den bis zu seiner Pensionierung mit 62 Jahren



JVA-Beamter und Gewerkschafter:  
Alexander Schmid.

(der Sonderaltersgrenze für Beamte im Justizvollzugsdienst) vor ihm liegenden weiteren dreizehn Dienstjahren wird es seine Aufgabe sein, dass mehr als 1300 neue Häftlinge und auch einige „alte Bekannte“ in der Haftanstalt Konstanz ihr straffälliges Verhalten und vorurteilsbehaftetes Denken ablegen. Sie sollen künftig ein straffatenfreies Leben führen. Eine Aufgabe, die hohe Anforderungen an die fachliche und soziale Kompetenz sowie die psychische Belastbarkeit stellt. Justizvollzugsbeamter: Ein Beruf, der aber auch einen sicheren Arbeitsplatz und ein relativ gutes Einkommen bietet. Ein ganz normaler Arbeitsplatz ist das Gefängnis natürlich nicht. Mit der vermeintlich harten Realität aus Filmen habe der Alltag dort aber nichts zu tun, versichert Alexander Schmid.

Auch die in der Öffentlichkeit oftmals vorherrschende Meinung, dass Häftlinge alle nur erdenklichen Vorzüge genießen und keinerlei Leistung erbringen müssten sei unzutreffend.

## Häftlinge sind zur Arbeit verpflichtet

Der Vollzugsalltag ist straff organisiert und einem Tagesablauf in Freiheit, soweit als möglich, angeglichen. So sind Häftlinge, mit Ausnahme von Untersuchungsgefangenen, zum Beispiel zur Arbeit verpflichtet und gehen innerhalb der Justizvollzugsanstalt einer Tätigkeit nach. Arbeitende Häftlinge werden anteilig an den entstandenen Haftkosten beteiligt. Die Alternative zur geregelten Arbeit für die vielen ohne Berufsausbildung Inhaftierten – Aus- und Fortbildung – wird in der JVA Konstanz wegen der kurzen Haftdauer allerdings nicht angeboten. Im Justizvollzug am Bodensee steht ne-

ben dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten vor allem die Resozialisierung der Straftäter im Vordergrund der Bemühungen.

So erhalten die Häftlinge in der JVA die Möglichkeit, sich selbst und ihre bisherige Lebensführung kritisch zu hinterfragen, die Ursachen für ihre Kriminalität zu ergründen und werden in ihren Bemühen unterstützt, neue Vorsätze, Einstellungen und Strategien für ein straffreies Leben zu entwickeln. Wegsperrern und Eingliedern, zwei gleichrangige aber inhaltlich gegensätzliche Vollzugsziele, die auch so manchen kräftezehrenden Spagat des Vollzugsdienstes erfordern.

## Kein Tag ist wie der andere

Gegen 6.30 Uhr treffen der Frühdienst und somit auch Alexander Schmid in der JVA ein. Im Umkleideraum der Anstalt ziehen sich die Justizvollzugsbeamten, soweit noch in Zivil, ihre Dienstkleidung (grüne Jeans, mittelgraues Diensthemd und je nach Witterungslage dunkelgrüne Dienstjacke) an. Die neue, moderne blaue Dienstuniform bekommt der Vollzugsdienst in Baden-Württemberg erst im Frühjahr 2012. Nach dem obligatorischen Informationsaustausch über die Einlieferungen am Vortag und die Geschehnisse in der Nacht löst der Frühdienst den Nachtdienst ab.

Für die Häftlinge beginnt der Tag gegen 7.00 Uhr: Sie werden geweckt. Die Stockwerksbeamten führen unmittelbar danach eine sogenannte „Lebendkontrolle“ aller anwesenden Häftlinge durch und stellen Besonderheiten schon frühzeitig fest. Kurz nach 7.00 Uhr ist Arbeitsbeginn für alle arbeitenden Häftlinge. Die 40 Hafträume des geschlossenen Vollzuges der JVA Konstanz, vorwiegend Einzelzellen, werden geöffnet.

Die zur Arbeit Verpflichteten werden von den Justizvollzugsbeamten gründlich durchsucht und gestaffelt in die Arbeitsbereiche geführt. Der geschlossene Vollzug verfügt über 45 Arbeitsplätze. Mit den von Unternehmen bereit gestellten Produktionsmaschinen führen die Häft-

linge unter Aufsicht Sortier-, Abpack-, Montage-, Kuvertier-, Falz-, Kartonage- und Recyclingarbeiten in Lohnarbeit aus und dienen der freien Wirtschaft als „verlängerte Werkbank“. Einige Häftlinge werden zu Hausarbeiten in der JVA eingeteilt: Hilfstätigkeiten in der Küche, bei der Essens- und Wäscheausgabe und auch bei Reinigungsarbeiten sind stets gefragt. Wer keine Beschäftigung hat, wird wieder eingeschlossen.

### Vertrauen ist gut, Kontrolle besser

Das heißt aber nicht, dass der Vollzugsdienst mit ihnen nichts mehr zu tun hätte. Im Gegenteil. Einige Inhaftierte dürfen gegen 9.00 Uhr ihre Freistunde im Hof nehmen und müssen unterdessen beaufsichtigt werden. Andere brauchen einen Arzt. Auch der Gang zum Doktor gehe nicht ohne Aufsicht durch die Beamten, sagt *Schmid*. *Alexander Schmid* und seine Kollegen beginnen unmittelbar nach dem Arbeitsbeginn der Häftlinge bzw. nach Beginn der Freistunde der nicht beschäftigten Häftlinge mit der Kontrolle der Zellen. Die Einzelzellen in der JVA Konstanz sind etwa acht bis zehn Quadratmeter groß und mit einem Schrank, einem Tisch, einem Stuhl und einem Bett ausgestattet. Von den Vollzugsbeamten werden zunächst die technischen Vorrichtungen in den Zellen in Augenschein genommen und auf Funktionstüchtigkeit überprüft.

Dann durchsuchen sie die Zellen nach verbotenen Gegenständen wie Waffen, Alkohol, Drogen und Handys. Häftlinge sind äußerst erfinderisch und finden immer wieder neue Schmuggelwege und Verstecke. Fernseher und andere in den

Hafträumen geduldete, von den Häftlingen finanzierte Accessoires bieten immer wieder Möglichkeiten, dass das Geschäft mit Alkohol und Drogen innerhalb der Anstalten trotz der Kontrollen nicht ganz zum Erliegen kommt. Dessen sind sich auch die Vollzugsbeamten bewusst. Sie sind sich aber auch sicher, dass ihre Tätigkeit zumindest einige Häftlinge abschreckt, und das Geschäft dadurch in Grenzen gehalten wird. Gegen 12.00 Uhr werden die Häftlinge zum Mittagessen wieder in die Hafträume unter Aufsicht zurückgeführt. Danach geht es erneut an die Arbeit. Die Zellen der in der Vollzugsabteilung befindlichen nicht arbeitenden Häftlinge werden aufgeschlossen. Die Häftlinge können sich nun frei innerhalb der Abteilung bewegen, werden aber durch den Vollzug überwacht. Einige Insassen werden aber auch weiterhin unter Verschluss gehalten. Die Entscheidung über Ein-oder Aufschluss obliegt der Anstaltsleitung.

### Im Notfall bereitstehen

Gegen 14.00 Uhr lösen die Justizvollzugsbeamten des Spätdienstes den Frühdienst ab. Das Procedere der Übergabe/Übernahme des Dienstes gleicht dem des Nacht- und Frühdienstes. Gegen 15.00 Uhr ist für die Häftlinge Arbeitsende. Sie kehren unter Aufsicht nach einer gründlichen Kontrolle in die Vollzugsabteilung zurück. Ab 15.30 Uhr haben sie die Gelegenheit, ihre gesetzlich zugesicherte Freistunde an der frischen Luft beim vom Vollzugsdienst überwachten Hofgang zu verbringen. Gegen 17.00 Uhr verteilen die Hausarbeiter der Vollzugsanstalt das Abendessen. Danach ist Zeit für Behand-

lungs- und Freizeitangebote, selbständige Beschäftigung, Gespräche mit den Fachdiensten und der Abteilungsleitung, sowie die Möglichkeit zum Telefonieren mit Angehörigen und/oder Freunden. Spätestens um 20 Uhr befinden sich alle Häftlinge wieder „unter Verschluss“, also eingeschlossen in ihren zugewiesenen Hafträumen. Erst am nächsten Tag zum Wecken werden sie ihre Hafträume verlassen können. „Der Nachtdienst, der gegen 20.00 Uhr den Spätdienst ablöst, hat in erster Linie die Aufgabe, die Anstaltssicherheit zu gewährleisten und für eine Versorgung im Notfall als Ansprechpartner bereitzustehen“, sagt *Schmid*.

### Besuch zweimal im Monat

Jeder Strafgefangene hat auf mindestens zweimal eine halbe Stunde Besuch von Angehörigen im Monat Anspruch. Häftlinge in Untersuchungshaft dürfen Ihre Angehörigen zweimal eine Stunde im Monat zum Besuch empfangen, aber höchstens drei Personen zugleich.

Besucher von Untersuchungshäftlingen benötigen für Termine eine Erlaubnis des Richters bzw. der Staatsanwaltschaft. Damit der Besuch pünktlich und in voller Länge stattfinden kann, haben sich Besucher rechtzeitig an der Außenpforte der Anstalt einzufinden. Sie dürfen keinerlei Gegenstände, insbesondere keine Schriftstücke, Zigaretten, Taschen, Mobiltelefone und dergleichen mit in die Justizvollzugsanstalt einbringen. Ausgenommen sind bis zu 12 Euro Münzgeld für Zigaretten, Getränke und Süßigkeiten aus dem Automaten im Besuchsbereich. Vor jedem Einlass findet eine Personenkontrolle statt, ähnlich wie im Flughafen mit Dektoren und Handsonden. Sonderregelungen gelten für Rechtsanwaltsbesuche.

Besuche sind in der Regel nur zwischen 8.00 und 15.00 Uhr erlaubt. Die Abwicklung und Überwachung des Besuchsverkehrs stellt für den Vollzugsdienst eine besondere Herausforderung dar.

Anfangen von der Personenkontrolle der Besucher über mögliche Begleiter bis hin zur Zusammenführung mit den Häftlingen und der Überwachung in den Besucherräumen müssen die Vollzugsbeamten ihre Augen und Ohren offenhalten, um Gefahren abzuwenden. *Alexander Schmid* hat im Laufe seiner zwanzigjährigen Dienstzeit dazu reichlich Erfahrungen sammeln können.

„Ich habe meine Berufswahl zu keiner Zeit bereut und bin aus Berufung Justizvollzugsbeamter“, sagt *Schmid*. Kein Tag ist wie der andere. Der Beruf bringt viel Abwechslung; immer neue Einblicke und Einsichten. „Dass das Betriebsklima

## Alles um den Menschen

(BS/leh) Justizvollzugsbeamter ist in Deutschland ein Beruf des Öffentlichen Dienstes. Justizvollzugsbeamte sind Landesbeamte. Sie bekleiden ihren Status während der Ausbildung auf Widerruf. Nach der Ausbildung steht eine dreijährige Probezeit an. Erst danach erhalten die Fachkräfte den Status „Beamter auf Lebenszeit“. Aufstiegsmöglichkeiten, etwa zur Gruppenleitung, sind erst nach einigen Berufsjahren möglich. Um die Sicherheit und Ordnung in den Justizvollzugsanstalten zu gewährleisten, üben die Beamten hoheitliche Rechte aus. Sie sind berechtigt, zu jeder Tages- und Nachtzeit Haftraum-, Bereichs-, Betriebs-, Lager- und Personenkontrollen durchzuführen. Neben der Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Anstalt sind Justizvollzugsbeamte verantwortlich für den Tagesablauf, den Besuchsverkehr, die Wäsche, das Essen und den Hofgang. Sie betreuen die Gefangenen bei Freizeitangeboten, erledigen Anträge und organisieren Besuche. Sie sind am engsten mit den Gefangenen in Kontakt und können daher am ehesten ein Vertrauensverhältnis aufbauen. Von ihnen wird insbesondere erwartet; dass sie die alltäglichen und besonderen Probleme der Gefangenen erkennen und hierauf verstehend reagieren. Für die Arbeit sind Selbstvertrauen, Fingerspitzengefühl, gute Nerven und Durchsetzungsfähigkeit wichtig.

JVA-Beamte brauchen auch Geduld und Menschenkenntnis. Viele Häftlinge sind schwierige Menschen. Während einer Schicht ist mit unterschiedlichen Persönlichkeiten in den verschiedensten Stimmungslagen umzugehen.

in der JVA Konstanz allgemein mit gut bewertet wird, trägt sicherlich auch zur Berufszufriedenheit des Justizvollzugsbeamten *Schmid* bei.

Gegen über Provoaktionen, Beleidigungen, Diffamierungen und einem Mangel an Respekt von Insassen zeigt er Resistenz. Angst vor Übergriffen von Insassen hat er nicht. Jedenfalls haben ihm bislang weder der Schichtdienst noch die hohe psychische Belastung etwas anhaben können. Mit einiger Genugtuung registriert er, wenn ihn Ex-Häftlinge auf der Straße grüßen. Wenn sich andere Ex-Häftlinge bei Begegnungen verschämt abwenden, hat *Schmid* auch dafür Verständnis.

### Gewerkschaftliches Engagement

*Alexander Schmid* kümmert sich aber nicht nur um Häftlinge, sondern auch um seine Kollegen. Als **Vorsitzender** des **BSBD-Landesverbandes** Baden-Württemberg, des Bundes der Strafvollzugsbediensteten unter dem Dach des **DBB**, vertritt *Schmid* die **Interessen der fast 3800 Bediensteten des Baden-Württembergischen Strafvollzugs**. Und dies nicht etwa wie ein „abgehobener hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär“. Er übt diese Tätigkeit **ohne Freistellung**, sozusagen **ehrenamtlich** aus.

Er fordert unter anderem eine Stärkung der Inneren Sicherheit durch mehr Abstimmung zwischen den Bundesländern. Gleiche Rahmenbedingungen und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten sowie eine einheitliche Besoldung und Versorgung für die Justizvollzugsbediensteten in den Ländern.

Sein größter Wunsch als Vollzugsbeamter und Gewerkschafter ist, dass die schwierige und anspruchsvolle tägliche Arbeit der Beamtinnen und Beamten des Justizvollzuges mehr Anerkennung und Akzeptanz bei der breiten Bevölkerung finden sollte. „Dieses positive Feedback der Gesellschaft wäre ein echter Gewinn für das Selbstwertgefühl meines Berufsstandes“, so *Alexander Schmid*.



Die JVA in Konstanz ist unter anderem zuständig für den Vollzug von Freiheitsstrafen bis zu 15 Monaten für Männer aus dem Landgerichtsbezirk Konstanz. Fotos: BSBD/JVA Konstanz

Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid bei Ortsverbandssitzung

## Kein Verständnis für das Vorgehen der Landesregierung

Im Wahlkampf wurde der Eindruck erweckt, dass sich etwas ändert

Am 19. Januar traf sich im Rottenburger Restaurant „Zum Preußischen“ der **BSBD-Ortsverband** zur ersten Sitzung des Jahres 2012. Der Einladung gefolgt waren auch der Landesvorsitzende *Schmid* sowie die Landtagsabgeordnete *Rita Haller-Haid* (SPD). Entschuldigt hatte sich der Abgeordnete *Daniel Lede Abal* von der Fraktion der Grünen.

Der Ortsverbandsvorsitzende *Hamacher* bedankte sich zunächst für das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder, aber auch für die schnelle und unkomplizierte Zusage durch das Büro von Frau *Haller-Haid*. Ihr Kollege *Lede Abal*, der auch zu dieser Veranstaltung eingeladen war, habe versichert auch an einer Zusammenkunft durchaus interessiert zu sein. Leider sei er aber an diesem Tag unabhkömmlich. Geplant ist deshalb, so *Hamacher*, im Frühjahr eine Anstaltsbesichtigung der JVA Rottenburg mit den beiden Abgeordneten, dem Personalrat und der Anstaltsleitung.

### Schweigeminute für Stefan Haug

Nachdem der förmlichen Begrüßung des Landesvorsitzenden *Schmid* und einer Schweigeminute für den jüngst verstorbenen Kollegen *Stefan Haug*, nannte *Hamacher* als Grund für die Einladung der Abgeordneten der Regierungsfractionen, dass der **BSBD** Rottenburg ihnen die Möglichkeit geben wolle den Kolleginnen und Kollegen zu erläutern, warum die Landesregierung – **trotz steigender Steuereinnahmen** – die **beschlossene Gehaltserhöhung** um zwei beziehungsweise sieben Monate **verschieben** und **Kürzungen** bei den Wahlleistungen wolle, gleichzeitig aber beabsichtige 180 gut dotierte Stellen in Ministerien zu schaffen.

### Probleme hätten sich in Jahrzehnten angestaut

*Hamacher* hielt der Abgeordneten bei seiner ausführlichen Einführung die vollzugliche Realität entgegen, die dazu führe, dass es bei den Bediensteten der JVA kein Verständnis für dieses Vorgehen der Landesregierung gäbe.

Viele der Probleme des Justizvollzuges hätten sich zwar in Jahrzehnten angestaut in denen weder die Grünen noch die SPD in der Regierungsverantwortung waren, aber diese Parteien hätten durch ihren Wahlkampf, auch bei den Beamten, die sie in hohem Maße gewählt haben, den Eindruck erweckt, es würde



Im Bild: Landesvorsitzender Alexander Schmid und Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid.

Fotos (3): BSBD-BW.

sich etwas ändern. Ja, Betroffene würden gehört und man würde Gespräche mit ihnen führen, falls Veränderungen geplant seien. Genau das aber sei nicht passiert. Die Regierung habe einfach entschieden. Basta! Das habe die Bediensteten in Mark und Bein getroffen.

### Hamacher endete mit den Worten:

„Wir reden vom Justizvollzug der schon immer stiefmütterlich behandelt worden ist und in dem das Maß für viele Kolleginnen und Kollegen so langsam voll ist. Wir reden vom Justizvollzug in dem 41 Std. Dienst Pflicht sind, aber immer noch Dienstpläne existieren die auf 38,5 Std. basieren.“

Wir reden vom Justizvollzug in dem selbstverständlich die sozialen Errungenschaften wie Erziehungszeiten, Elternzeit, Betreuungs- und Pflegezeiten gewährt werden, die Personalzuweisung aber immer noch auf Berechnungen aus den achtziger Jahren basiert.

Wir reden vom Justizvollzug in dem selbstverständlich immer mehr Frauen eingestellt werden, ohne, dass Schwan-

gerschaften bei der Personalzumessung berücksichtigt würden.

**Wir reden vom Justizvollzug** der selbstverständlich eine jahrzehntelange ständige Überbelegung gemanagt hat.

**Wir reden vom Justizvollzug** der es mit einer immer schwieriger werdenden Klientel mit schweren Mehrfachabhängigkeiten und psychischen Erkrankungen zu tun hat, für die er nicht ausgerüstet ist.

**Wir reden vom Justizvollzug** der es z. B. in Rottenburg schafft, ohne besondere Vorkommnisse über 600 Strafgefangene mit nur zwei Psychologen und einem Lehrer zu betreuen.

**Wir reden vom Justizvollzug** in dem alle wissen, dass mehr Personal nur nach spektakulären Ausbrüchen oder Geiselnahmen zu bekommen ist und dann natürlich auch nur in der betroffenen JVA.

**Wir reden vom Justizvollzug** dessen Bedienstete mit Erreichen der Altersgrenze eine Pensionslast werden.

Frau **Haller-Haid**, die Grünen und die SPD gaben das Wahlversprechen für eine neue Kultur des „gehört werden“. Jetzt machen Sie das Gegenteil. Außerdem

zende mitarbeite. Da sie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sowie im Europausschuss sei, könne sie nicht zu speziellen Problematiken des Justizvollzuges Stellung nehmen. In ihrem Statement ging sie danach auf die augenblickliche Haushaltssituation ein und machte deutlich, dass auch sie der Meinung sei, dass im Bereich der Personalausgaben Veränderungen notwendig seien, wenn man einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt anstrebe.

### Vorgehen des Koalitionspartners nicht als glücklich erachtet

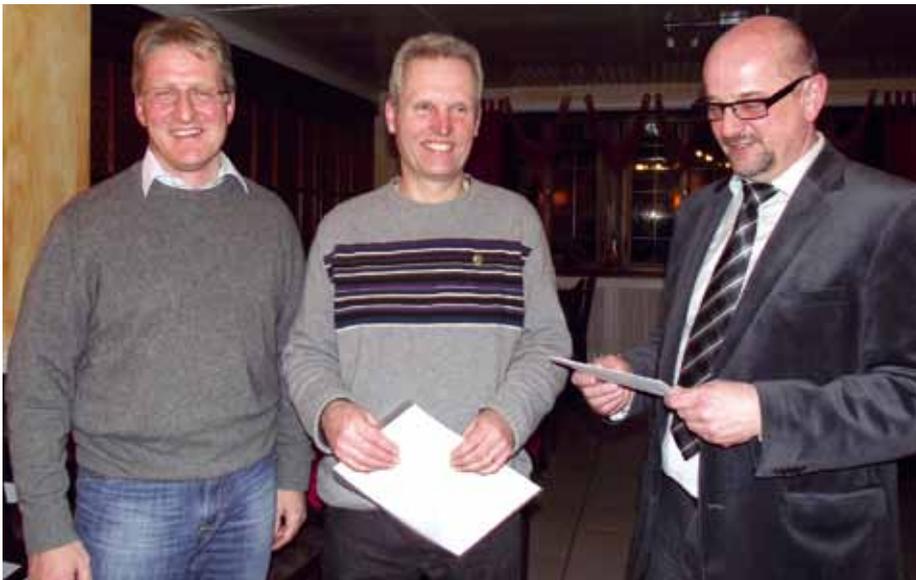
Anders als ihr Koalitionspartner, hält sie aber das jetzige, mit dem Beamtenbund nicht besprochene Vorgehen, für nicht glücklich. Sie sehe sehr wohl die Probleme des öffentlichen Dienstes! Schließlich sei sie selber auch „Verdi-Mitglied“. Sie werde sich für mehr Stellen bei Polizei und Justiz einsetzen.

Es entwickelte sich eine teilweise heftige Diskussion zwischen Mitgliedern des Ortsverbandes und Frau **Haller-Haid**,

Es folgten die Ehrungen langjähriger Mitglieder. Die Kollegen **Dieter Karrer** und **Arnold Manz** wurden für 25 Jahre Treue zum **BSBD** mit einer Urkunde, der Ehrennadel des Verbandes und einem Einkaufsgutschein der WTG Rottenburg durch den OV Vorsitzenden und den Landesvorsitzenden geehrt.

Anschließend sollte eigentlich der LV **Schmid** seinen Bericht zur augenblicklichen Situation des Vollzuges halten. Allerdings sagte er, dass die wichtigsten Themen bereits in der Diskussion mit der Abgeordneten besprochen worden seien und man könne deshalb darauf verzichten dies noch einmal durchzugehen.

So wurde der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen und die Fachgruppenvertreter trugen ihre Berichte vor. Der Werkdienst zum Beispiel thematisierte die Hoffnung auf eine Meisterzulage die diesen Namen verdiene, der landwirtschaftliche Dienst lobte den fachlichen Austausch ihrer Treffen, der AVD berichtete über die neue Uniform und das Kriseninterventionsteam, der pädagogische Dienst sprach über einen gewünschten



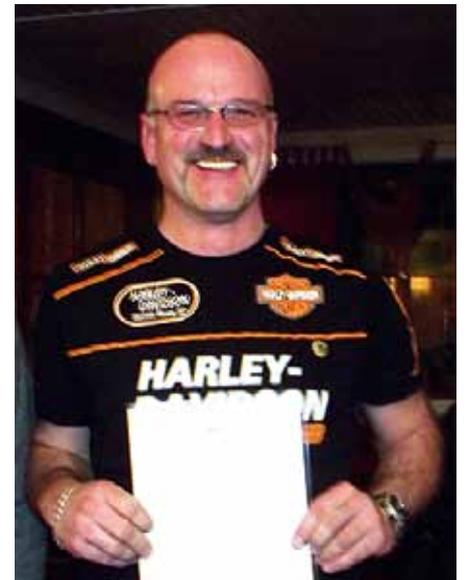
Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft im BSBD: V.l.n.r.: Landesvorsitzender Alexander Schmid, Arnold Manz und Ortsverbandsvorsitzender Hamacher.

erklären Sie, dass die als erster Schritt geplante Kürzungen bei den Wahlleistungen durchaus zu vertreten seien, angesichts eines Durchschnittsgehalts der Landesbeamten von A 13 und einer durchschnittlichen Pension von 2.800 €! Bitte, haben Sie Verständnis dafür, dass wir vom **BSBD**, angesichts unserer Gehaltsmitteilungen, solche Kommentare als ‚Verhöhnepiepelung‘ durch die Regierungsfractionen empfinden.“

In ihrer Replik stellte Frau **Haller-Haid** zunächst sich und ihre Tätigkeit in den verschiedenen Landtagsausschüssen vor in denen sie zusätzlich zu ihrer Funktion als stellvertretende Fraktionsvorsit-

die in solch einem Artikel nur schwerlich wiedergegeben werden kann. Frau **Haller-Haid** aber nahm für sich mit wie tief die Enttäuschung bei den z. T. langjährigen Bediensteten sitzt.

Herr **Hamacher** und Herr **Schmidt** hielten die Schlussworte für diesen Teil der Veranstaltung und bedankten sich bei Frau **Haller-Haid** mit großem Respekt dafür, dass sie gekommen sei und den Mitgliedern fast zwei Stunden eine offene und intensive Aussprache ermöglicht habe. Da sie noch weitere Termine hatte, wurde sie mit einem kleinen Applaus verabschiedet und die Sitzung kurz unterbrochen.



Auch Dieter Karrer wurde für seine 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Vollzugslehrerlehrgang, der Tarifbereich fühlt sich abgekoppelt. Die letzte Niederlage sei die nicht auf sie übertragene Anhebung der Gitterzulage.

Letzter Punkt des Abends war die Entwicklung des Ortsverbandes. **Hamacher** erklärte, dass angestrebt sei bei den Neuwahlen im Herbst ein jüngerer Team zum Einsatz zu bringen. Er selber mache seit 1989 Vorstandsarbeit. Es werde Zeit die Verantwortung an Jüngere abzugeben. Die Mitglieder sollten sich Gedanken machen und seien eingeladen sich mit Vorschlägen einzubringen. Mit diesen Worten wurde die Sitzung nach über drei Stunden geschlossen. *ham*

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Offenburg

## Ausflug in die Bundeshauptstadt ist noch für dieses Jahr geplant

Am 16. Dezember 2011 konnten wir unsere Jahreshauptversammlung in der Kantine der JVA Offenburg durchführen. Nach der Begrüßung durch den Ortsverbandsvorsitzenden Herrn Rexter, konnten wir auch den Landesvorsitzenden Alexander Schmid begrüßen, der unserer Einladung zur Jahreshauptversammlung gerne gefolgt ist.

2011 gelang es dem Ortsverband sich komplett aufzustellen. Somit konnten auch Kooperationsvereinbarungen mit hiesigen Firmen eingegangen werden. Weiter konnte der Ortsverband einen Mitgliederzuwachs von 74 auf 78 Mitglieder verzeichnen. „Diesen Trend wollen wir so fortführen und weiterhin kompetenter Partner aller Kollegen im Justizvollzug sein“, so der Vorstand. Auch wird ein Ausflug nach Berlin geplant für 2012.

Darauf folgte der Bericht unseres Landesvorsitzenden Alexander Schmid.



Foto: BSBD-BW

Positiv zu vermerken war die Rücknahme des teilprivatisierten Betriebes der JVA Offenburg. Eher negativ waren dann die restlichen Informationen aus der Landesspitze des BSBD.

Giftliste, Beamtensonderopfer, Haushaltslage, Wahlversprechen und was davon übrig geblieben ist, der BSBD bleibt

im Dialog mit der Landesregierung und stellt sich mit aller Kraft gegen die geplanten Einschnitte in unserer Besoldung und Versorgung.

Zum Schluss bedanke sich der Landesvorsitzende Alexander Schmid recht herzlich für die Einladung zur Jahreshauptversammlung des OV Offenburg. Ebenso bedankte er sich beim Ortsverband für die geleistete Arbeit im BSBD.

### Neuwahlen des Vorstandes

Aufgrund von Versetzungen musste auch der Vorstand teilweise neu besetzt werden. Bei den Wahlen wurde unsere Kollegin Barbara Bloß als neue Vertreterin für Frauen gewählt. Ebenso konnte Kollege Michael Doll als Vertreter für den mittleren Verwaltungsdienst bestellt werden. Der Vorsitzende des Ortsverbandes bedankte sich für die Bereitschaft im Vorstand mit zuarbeiten und wünschte aller Zeit viel Freude an der Ortsverbandsarbeit!

M. Hörmann

OV Rottenburg im Vorarlberg

## Teilnehmer hatten viel Spass auf der Piste



Es hat Spass gemacht. Auch 2013 will man wieder eine Skiausfahrt anbieten.

Foto: BSBD-BW

Nach langer Planung und wiederholten Anläufen in den letzten Jahren, fuhr am 25. Februar 2012 endlich eine Gruppe von über 30 Kolleginnen und Kollegen aller Bereiche und Dienststellen der JVA Rottenburg an den Arlberg in Österreich.

Sie wollten zusammen Skifahren und dadurch das Gemeinschaftsgefühl stärken. Unterstützt wurden sie dabei durch den Ortsverband des BSBD und sowie dem Fortbildungsbeauftragten Pfarrer Wagner sowie dem Personalrat.

Um 5.45 Uhr startete die Gruppe vom Anstaltsparkplatz. Zunächst ließ das Wetter nichts Gutes hoffen. Das wurde aber genauso tapfer ignoriert wie ein Stau im Bregenzer Pfändertunnel. Später als geplant, aber sicher, wurde das Skigebiet

Sonnenkopf erreicht. Sogleich begann das Aufliften und die Pisten wurden gestürmt. Alle Teilnehmer hatten ausgesprochen viel Spaß und nutzen die Gelegenheit zur Pflege der Kollegialität über die Grenzen des eigenen Fachbereichs hinaus.

Nachdem die Liftzeiten weidlich ausgenutzt waren, ging es am Abend wieder zurück ins Ländle. Während der geselligen Heimfahrt bedankte sich der Organisator, der stellvertretende BSBD OV-Vorsitzende Mutschler herzlich beim Leiter der Außenstelle Maßhalderbuch, Heinrich Schäfer, dafür, dass er als Busfahrer alle – unentgeltlich und sicher – wieder nach Rottenburg brachte. Dort angekommen wurde auch sogleich der Beschluss gefasst, auch im Jahre 2013 wieder eine Skiausfahrt anzubieten.

## Werbeartikel auf Bestellung

Der BSBD-Landesverband Baden-Württemberg hat mit dem Fullservice-Spezialisten bk Promotion-Service ein Sortiment attraktiver Werbeartikel zusammengestellt, welches allen Mitgliedern per Bestellung zur Verfügung steht. Das Sortiment umfasst zur Zeit die folgenden Artikel:

**Taschenlampe, Schreibmappe, Zettelspeicher, Feuerzeug, Kugelschreiber, Flaschenöffner, KFZ-Etui aus Leder, Lanyard, Klemmbrett, Kaffeebecher sowie ein Skat-Spiel.**

Die Bestellung kann per Fax oder E-Mail bei bk Promotion-Service platziert werden. Frau Tatjana Nawroth nimmt gerne Ihre Wünsche entgegen und steht Ihnen für Fragen zur Verfügung. Fordern Sie am besten gleich Ihren PDF-Katalog per E-Mail an:

[tatjana.nawroth@bk-werbart.de](mailto:tatjana.nawroth@bk-werbart.de)



**Kontakt:** bk besteck + kappel GmbH  
Falterbaumstr. 26 • 34123 Kassel  
Tel.: 0561 - 207 507 - 12 • Fax: 0561 - 207 507-25 • [www.bk-werbart.de](http://www.bk-werbart.de)